

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Gegen Hohenzollernfaschismus!

Zentrum nimmt Kurs auf den Kronprinzen und Hitler

Proletariat, greif zu!

Berlin, 4. April 1932.

Wie wir vorgestern bereits meldeten, hat der ehemalige Kronprinz aufgefordert, Hitler zu wählen. Er hat dabei das Versprechen gebrochen, sich politisch nicht zu betätigen, das er der Regierung abgab, als sie ihm seinerzeit die Einreise und den Aufenthalt in Deutschland gestattete. Was hat nun das Organ der führenden Regierungspartei, des Zentrums — was hat die „Germania“ dazu zu sagen? Sie schreibt am Sonntag — und wir bringen das ungekürzt — das folgende dazu:

„Wir würden von dieser „Kundgebung“ überhaupt keine Notiz nehmen, soweit ihr Inhalt in Frage kommt. Denn daß der Gutsherr von Oels schon im ersten Wahlgang nicht für Hindenburg gestimmt hat, war durch seine demonstrative Teilnahme an der Dürstberg-Kundgebung im Sportpalast öffentlich dokumentiert. Wir haben schon damals auf die eigenartigen Auffassungen vom Begriff der Treue, die in Oels zu Hause sind, hingewiesen und wundert uns gar nicht darüber, wenn man in der Hohenzollernfamilie heute das Hindenburgbild ganz von der Wand nimmt, um Adolf Hitler an seine Stelle zu setzen. Wäre dieser symbolische Akt Geheim-

nis der Oelser Wahlzelle geblieben, so ließe sich dazu wenig sagen. Es zeugt aber bestimmt nicht von großer politischer Begabung, daß ein maßgeblicher Hohenzoller, der bisher noch — wie ehrenwörtlich vereinbart — kluge politische Zurückhaltung übte, just in dem Augenblick aus seiner Reserve heraus und in die offene Gegnerschaft zum heutigen Staate hineintritt, da der Stern Adolf Hitlers bereits seinen Zenith überschritten hat und der Alfred Hugenbergs völlig im Verblässen ist. Wir möchten dem Gutsherrn von Oels doch dringend raten, sich ja gewissenhaft zu überlegen, ob eine „Kundgebung“, wie die heutige, den hohen Einsatz lohnt, den der Bruch seines der Reichsregierung gegebenen Wortes, sich nicht politisch zu betätigen, bedeutet. Politischen Weitblick kann man zwar nicht lernen, wohl aber kann man durch die treue Erfüllung eines einmal gegebenen Ehrenwortes sich vor unangenehmen Enttäuschungen bewahren!“

Also was beabsichtigt die Regierung? Mit aller Schärfe gegen einen Mann vorzugehen, der das ihr gegebene Ehrenwort gebrochen hat? Ihn auszuweisen, nachdem er die Bedingungen nicht eingehalten hat, von denen die Aufenthaltserlaubnis abhängig gemacht wurde? Kein Gedanke! Das Blatt des Reichskanzlers gibt ihm wohlwollend onkelnd gute

Ratschläge, warnt ihn vor Enttäuschungen — sonst nichts.

Es ist sehr deutlich: das Zentrum nimmt Kurs auf das würdige Paar Hitler-Kronprinz. Man schreibt zwar ein bißchen von sinkendem Stern, aber man macht seine Politik in dem klaren Bewußtsein, daß dieser Stern noch immer im Aufstieg begriffen ist. Da heißt es, den Anschluß nicht verpassen.

Die Arbeiterklasse muß klar erkennen, daß sie niemals, gestützt auf das Zentrum, auf Brüning und Hindenburg die drohend sich ausbreitende faschistische Gefahr überwinden kann, sondern nur

gestützt auf die proletarische Klassenkraft!

Im Präsidentenwahlkampf und noch mehr im Preußenwahlkampf sieht die Sozialistische Arbeiterpartei ihre entscheidende Aufgabe darin, diese

proletarische Klassenkraft zur Entfaltung zu bringen, zu stählen, unüberwindbar zu machen!

Es gilt für jedes Mitglied der SAP, in den kommenden 3 Wochen seine ganze Kraft und Opferwilligkeit in den Dienst dieser großen, entscheidenden Aufgabe zu stellen!

Diktaturwechsel in Jugoslawien

Belgrad, 4. April 1932

Ministerpräsident General Ziwkowsitch hat am Montag mittag dem König Alexander auf Schloß Dedinjew bei Belgrad den Gesamttritt der Regierung unterbreitet. Der König hat den Rücktritt angenommen. In einer Sitzung des Ministerrats, die am Vormittag stattgefunden hatte, erklärte General Ziwkowsitch, daß er sich aus dem politischen Leben zurückziehe. Er habe am 26. Januar 1928 in einem Augenblick höchster Gefahr für den Staat als neutrale Persönlichkeit die Regierung und damit die Pflicht übernommen, die Verhältnisse in Jugoslawien wieder zu normalisieren. Er glaube, daß er seine Pflicht erfüllt habe und trete daher von der Regierung zurück.

Die Nachricht von der Aufgabe der Militärdiktatur rief ungeheures Aufsehen hervor. In politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß der Minister des Äußeren, Marinkowitsch, das neue Kabinett bilden wird. Man will dadurch die Beständigkeit der Außenpolitik gewährleisten und zugleich durch eine feste Hand die bisherige Innenpolitik des General Ziwkowsitch fortgeführt sehen.

Aufgabe der Militärdiktatur? Der letzte Satz zeigt aufs Deutlichste, daß unter anderem Namen die alte Diktatur weitergeführt wird.

Flugzeuge über der Mandschurei

Moskau, 4. April 1932

Nach Meldungen aus Charbin ist dort ein japanisches Bombengeschwader aus 22 Flugzeugen eingetroffen zur Unterstützung der mandschurischen Regierung. Zum Teil sind die Flugzeuge bereits in der Richtung Tsitsikar und Haibar abgeflogen.

Die russischen amtlichen Stellen erklären, daß die Gerüchte über die Mobilisierung der Luftflotte im Fernen Osten und deren Konzentrierung in Sparsk (zwischen Wladiwostok und Charbarowsk) den Tatsachen nicht entsprechen.

Mukden, 4. April 1932

Nach achtstündigen erbitterten Kämpfen haben die japanischen Truppen die chinesischen Freischärler, die die Stadt Nungan besetzt hatten, besiegt. Beide Seiten haben sehr starke Verluste zu verzeichnen.

Japanisches Kapital setzt sich in der Mandschurei fest

Tokio, 4. April 1932

Das japanische Kabinett hat die Anleihe für die mandschurische Regierung Fuji (die in Wahrheit die Regierung Japans ist), in Höhe von 20 Millionen Yen genehmigt. Die Anleihe soll in den nächsten Tagen gezeichnet werden.

Nun hat die japanische Regierung wieder etwas in der Mandschurei zu „schützen“ und wird das für weitere imperialistische Vorstöße rücksichtslos ausnutzen.

Der neue Lohnabbau setzt ein Zehn Prozent Kürzung für das Baugewerbe

Im Lohnkonflikt im Baugewerbe wurde heute vom Schlichtungsausschuß unter Vorsitz von Gewerberat Körner ein Schiedsspruch gefällt, der eine 10prozentige Lohnkürzung vorsieht, und zwar sollen die Bauarbeiterlöhne von 1,25 RM. auf 1,12 RM. gesenkt werden. Das Abkommen soll bis zum 2. März 1933 gelten.

Während der „Vorwärts“ noch in seiner Spätausgabe vom Sonntag seinen Lesern versicherte, daß, abgesehen von dem Reichsfinanzminister Dietrich innerhalb der Reichsregierung niemand an einen Lohnabbau denke, am allerwenigsten Stegerwald und Brüning, liegt jetzt schon der fertige Gegenbeweis vor. Denn natürlich ist nicht anzunehmen, daß der Schlichter Körner das Lohnabbau-diktat für das Baugewerbe aus eigenem Entschluß gefällt hat. Die gesamte Schlichtungspraxis zeigt eine derart vollkommene Abhängigkeit der Schlichter von der Reichsregierung, daß in ihrem Willen nur der Wille der höchsten Staatsstellen erblickt werden kann. Damit ist auch klargestellt, was Brüning und Stegerwald wirklich wollen.

Ihr Ziel ist ein neuer gewaltiger Eingriff in die Löhne, und da man im Hinblick auf die Wahlen einige Bedenken hat, hierfür wieder dieselbe Methode wie im Dezember anzuwenden, so werden jetzt wieder die Schlichter angespannt.

Es ist auch kein Zufall, daß der erste neue Schlag das Baugewerbe trifft. Die Arbeitslosigkeit hat hier solche Ausmaße erreicht, und die Not ist hier infolge der Dauer-er-

werbslosigkeit dermaßen groß, daß von seiten der Bauarbeiter ein Widerstand am wenigsten zu befürchten ist. Aber es geht nun nicht an, daß die Gewerkschaften sich einfach als ohnmächtig erklären und das Diktat des Schlichters bzw. der Regierung kampflos schlucken. Das wäre eine Methode, die der Regierung ihr Spiel denn doch allzu leicht machte. Denn wenn schon die Bauarbeiter selber außerstande sind, den Lohnabbau abzuwehren, dann wird es um so notwendiger,

daß die ganze Arbeiterklasse für sie in die Bresche springt und die gesamte Macht der Gewerkschaften eingesetzt wird.

Das gebietet schon das eigene Interesse. Denn stößt die Regierung auf keinen Widerstand, dann kommen morgen andere Teile der Arbeiterschaft an die Reihe und macht das jetzt im Baugewerbe aufgestellte Beispiel auch bei ihnen Schule mit dem Endresultat einer neuen allgemeinen Verelendung der arbeitenden Massen.

Die Zeit liegt noch nicht lange zurück, wo die Gewerkschaften einmal besonders stolz auf die Erfindung waren, daß der Lohn ein politischer Lohn sei. Es sollte damit zum Ausdruck gebracht werden, daß die Höhe des Lohnes nicht nur von wirtschaftlichen Gesetzen und auch nicht nur von der zahlenmäßigen Stärke der Gewerkschaften, sondern weit entscheidender noch von der politischen Macht abhängig sei, die die Arbeiterschaft jeweils aufbringe. Dieser Ge-

dankgang ist richtig, aber denkt man ihn zu Ende, dann kann er nur heißen, daß

die Arbeiterorganisationen und insbesondere die Gewerkschaften verpflichtet sind, auch jeweils ihre politische Macht in die Waagschale zu werfen.

Das ist nun keineswegs damit getan, daß man die Mitglieder von Zeit zu Zeit an die Wahlurnen ruft oder sie gar noch Seite an Seite mit den Ausbeutern für Hindenburg vorspannt, sondern es gilt die wirtschaftliche Macht politisch auszuwerten. Mit anderen Worten: es ist — und das zeigt mit besonderer Eindringlichkeit gerade das neue Lohnabbau-diktat für das Baugewerbe — die Zeit angebrochen, wo die rein gewerkschaftlichen Methoden versagen und wo die Gewerkschaften die Lebensinteressen ihrer Mitglieder nur noch erfolgreich zu wahren vermögen, wenn sie an die Stelle der rein gewerkschaftlichen Aktion die politische Aktion setzen, d. h. die Lohnkämpfe einer Industriegruppe ausweiten zu einer Auseinandersetzung mit denen, die den Lohnabbau dekretieren, den Stegerwald, Brüning, Dietrich. e tutti quanti.

Wir bitten unsere Genossen, uns sofort nach Fertigstellung die Kreiswahlvorschläge nach unserem Büro mitzuteilen.

Der Parteivorstand

Der zweite Wahlgang

Der durch den „Osterfrieden“ unterbrochene Wahlkampf für die endgültige Wahl des Reichspräsidenten ist mit einem Schlag wieder in vollem Gange. „Denkt an eure Kinder und Frauen und wählt Hindenburg, wählt Hitler.“ So und ähnlich schreit es von allen Plakatsäulen, aus fast allen Zeitungen. Einen klassenbewußten Proletarier lassen diese Parolen unberührt. Er weiß, daß er gerade im Interesse seiner Familie, seiner Klasse weder Hitler noch Hindenburg wählen kann und darf.

Viel ernster ist aber für ihn die Frage: Wem soll er wirklich seine Stimme geben?

Neben Hitler und Hindenburg erscheint diesmal nur noch Thälmann. Wie die Dinge liegen, ist an der endgültigen Wahl Hindenburgs nicht zu zweifeln. Selbst wenn er auch im zweiten Wahlgang nicht die absolute Mehrheit erreicht, so hat er doch vor Hitler einen so großen Vorsprung, daß er zweifellos auch im zweiten Wahlgang die höchste Stimmenzahl erreicht und damit als gewählt gilt. Thälmann ist mit seiner Stimmenzahl von fünf Millionen so weit zurück, daß sein Sieg im zweiten Wahlgang ernsthaft nicht in Frage kommt.

Viele Arbeiter und gewiß auch Genossen in unseren Reihen stellen daher die Frage: Hat es unter diesen Umständen, wo doch jede Stimme für Thälmann sicher verloren ist, überhaupt noch einen Zweck, jetzt nochmals für Thälmann zu stimmen? Dazu kommt noch die weitere Argumentation: Im ersten Wahlgang hätte die Stimme für Thälmann, auch wenn man nicht mit seinem Sieg rechnen konnte, doch den Zweck einer politischen Demonstration gehabt. Die Demonstration der zahlenmäßigen Stärke käme jedoch im zweiten Wahlgang in Wegfall.

Diese Erwägungen werden besonders in den Reihen unserer Partei noch verstärkt durch die Tatsache, daß die KPD-Bürokratie unser Eintreten für Thälmann mit der rüpelhaftesten Beschimpfung beantwortet hat. Sie hatte in maßloser Verblendung und überheblicher Borniertheit gegenüber der Wahlfähigkeit unserer Genossen nur die Verleumdung: „Agenten von Wels“ u. ä. Hinzu kommt, daß die KPD-Führung auch im zweiten Wahlgang, sofort am Morgen nach der ersten Wahl, ihre sture Politik, engstirnige Parteiinteressen über das Interesse der Klasse zu stellen, fortsetzte. Sie hat sofort am 14. April selbstherrlich wieder Thälmann als Kandidat nominiert, statt aus ihrer offensichtlichen Niederlage zu lernen und wenigstens für den zweiten Wahlgang mit anderen proletarischen Parteien zwecks Aufstellung eines gemeinsamen Klassenkandidaten zusammenzugehen.

Ein gemeinsamer Klassenkandidat wäre aber gerade angesichts der Verhältnisse für den zweiten Wahlgang notwendig gewesen. Denn wenn auch ein Sieg nicht wahrscheinlich gewesen wäre, so hätte er doch die sichere Gewähr geboten, daß der zweite Wahlgang nicht mit einem Stimmrückgang und damit mit einer weiteren Niederlage des revolutionären Flügels des Proletariats enden wird. Mit einem gemeinsamen Klassenkandidaten wäre es bestimmt möglich gewesen, im zweiten Wahlgang die Zahl der 5 Millionen Thälmannstimmen noch um ein Erhebliches zu übertreffen und damit das Selbstvertrauen und den Kampfwillen der revolutionär eingestellten Arbeitermassen zu stärken. Das wäre besonders für den Kampf bei der bevorstehenden Preußenwahl von größter Bedeutung gewesen.

Die KPD-Führung hat das alles aus dem Wind geschlagen und damit der Sache der ganzen Arbeiterklasse den schwersten Schaden zugefügt. Wenn daher bei vielen Arbeitern Zweifel aufkommen über den Zweck einer erneuten Stimmenabgabe für Thälmann und damit die Gefahr eines Rückgangs der Stimmen beim zweiten Wahlgang besteht, so ist das begreiflich. Ja, wenn es darauf ankäme, am kommenden Sonntag über die Politik der Thälmann und Genossen zu entscheiden, so könnten wir keinen Arbeiter zur Stimmabgabe für ihn auffordern.

Aber nicht das steht zur Entscheidung. Es geht vielmehr darum, daß das klassenbewußte Proletariat in wuchtiger Form aufmarschiert gegen Hitler und Hindenburg. Hitler ist der Exponent des blutigen Faschismus, des schlimmsten Feindes der Arbeiterklasse. Hindenburg ist demgegenüber nicht das kleinere Übel. Es ist der ausgesprochene Vertreter des Großkapitals, der Exponent der Politik der Notverordnungen und des Lohnraubs.

Diesen beiden Vertretern der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung muß die Arbeiterklasse ihre Kampffront entgegenstellen. Das kann sie in dieser Situation nicht anders als durch die

Wahl von Thälmann

Kein Arbeiter darf daher verärgert beiseite stehen und etwa der Wahl fernbleiben. Trotz der falschen Politik der KPD-Führung, trotz der unsinnigen Beschimpfungen, fordern wir alle unsere Genossen, alle klassenbewußten Arbeiter, Angestellten und Beamten auf, auch bei der zweiten Wahl am 16. April geschlossen

Nicht die ADGB-Politik — Dietrich ist schuld!

Faules Täuschungsmanöver des „Vorwärts“

„Herr Stegerwald hat erklärt, eine weitere Senkung der Löhne sei nicht zulässig. . . Daß der Reichskanzler selbst gegen jeden weiteren Lohnabbau ist, bedarf auch keines besonderen Hinweises. — Herr Dietrich aber, der Reichsfinanzminister, fordert von den Gemeinden Massenentlassungen der Tarife zum Zwecke des Lohnabbaues.“

Mit diesem faulen Zauber, der eine planmäßige Täuschung und Belligung der Arbeitermassen darstellt, teilt der „Vorwärts“ endlich seinen Lesern die Massentarifikündigungen in den Gemeindebetrieben mit. Er schreibt weiter:

„Gleichzeitig erfahren wir, daß allein im Gesamtverband annähernd 200 Tarife gekündigt wurden mit rund 350 000 Beschäftigten. In den großen Gemeindeverbänden, darunter Berlin und Hamburg, sind sämtliche Lohn- und Manteltarife gekündigt worden. Wie aus Kündigungsschreiben hervorgeht, sind diese Kündigungen erfolgt auf Verlangen des Reichsfinanzministers.“

Also, Herr Dietrich hat die Tarifkündigung für mehr als 300 000 Gemeindegewerkschaften „angeordnet“, und die SPD-Größen in den Kommunalverwaltungen haben nur diesen Befehl ausgeführt. Sie sind daher — nach dem „Vorwärts“ — ganz unschuldig. Diese Stellungnahme ist nicht nur zynischer Verrat der Arbeiterinteressen, sondern zeugt auch von beispielloser Feigheit. Die SPD-Führer sind zu feig, zu ihren Taten zu stehen.

Das soll ihnen aber nicht gelingen. Es mag sein, daß Dietrich die Gemeindeverwaltungen zur Kündigung aufgefordert hat. Aber nicht er, sondern die Gemeindeverwaltungen sind die Kontrahenten der Tarifverträge. Sie allein, und in diesem Falle die sozialdemokratischen Bürgermeister und Magistratsmitglieder, sind die Verantwortlichen. Sie haben die Kündigungen ausgesprochen, weil ihnen die Löhne der Gemeindegewerkschaften „zu hoch“ erschienen. Niemand konnte sie zwingen, die Anordnungen des Finanzministers durchzuführen. Selbst aber wenn ein solcher Zwang bestände, wäre das noch lange keine Entschuldigung für die Asch, Lange, Brauer, Reuter und anderen SPD-Bürgermeister. Hätten sie auch nur noch einen Funken eines wirklichen Arbeitervertreters in sich — denn als solche

wurden sie angeblich von den SPD-Arbeitern in ihre Funktionen gewählt —, so müßten sie die Ausführung derartiger Befehle verweigern und an ihre Wähler, an die Arbeitermassen, zwecks rücksichtslosen Widerstands appellieren.

Weil das aber diese mit Ministergehältern ausgestatteten SPD-Bürgermeister nicht wollen, ja weil sie jeden Kampf der Gemeindegewerkschaften verhindern und unterdrücken wollen, deshalb denkt auch die mit der SPD versippte Gewerkschaftsführung nicht daran, die Gemeindegewerkschaften zum einzig wirkungsvollen Kampf, zum Streik gegen jeden Pfennig Lohnabbau, aufzurufen.

Weil aber die Masse der Gemeindegewerkschaften und bestimmt auch die Mehrheit der sozialdemokratischen Kollegen nicht bereit sind, kampflös neue Lohnkürzungen zu schlucken, deshalb versucht die SPD-Presse, sie mit einem lächerlichen Schwindelmanöver von den notwendigen Kampf vorbereitungen abzulenken. Denn — Dietrich ist zwar der böse Mann, aber Brüning und Stegerwald helfen, denn sie „wollen keinen Lohnabbau“. Also, der „Klassenkampf“ spielt sich nicht zwischen Arbeitern und Kapitalisten, sondern — zwischen Dietrich und Stegerwald-Brüning ab. Zu solch einem haarsträubenden Unsinn und Lügenmanöver hat es glücklich die SPD-Tolerierungspolitik gebracht. In Wirklichkeit, das weiß der „Vorwärts“ sehr gut, sind Dietrich, Stegerwald-Brüning und, wie die Tatsachen beweisen, auch die SPD-Kommunalpolitiker in bezug auf Lohnabbau völlig einig. Sie arbeiten höchstens mit verteilten Rollen.

Die Arbeiter und vor allem die Gewerkschaftsmitglieder müssen dieses elende Betrugsmanöver aufdecken. Wichtig ist, daß jetzt in allen sozialdemokratischen entsprechenden Sektionsversammlungen zu dem drohenden Lohnabbau Stellung genommen wird und schon jetzt ganz bestimmte Kampfbeschlüsse gefaßt werden.

Achtung, Genossen in den Gemeindebetrieben! Wir fordern alle Genossen im ganzen Reich auf, über alle Vorgänge im Gemeindegewerkschaftskonflikt umgehend an ihre Zeitung, die „SAZ“, zu berichten.

Die Redaktion.

Überflüssige Fragen des „Vorwärts“ Wer Hindenburg wählt, stimmt für Groener

Innenwehrminister Groener hat — wie bereits gemeldet — nach der Rückkehr von seinem in Bad Blankenburg verbrachten Osterurlaub in Bad Harzburg eine Begegnung mit dem braunschweigischen Staatsminister Küchenthal gehabt. Die Kommuniqués über die Ergebnisse dieser Begegnung berichten übereinstimmend, daß die beiden Herren in vollem Einvernehmen geschieden seien. Die rechtsstehende Presse behauptete sogar, von Groener nicht widersprochen, daß Groener sich davon überzeugt habe, daß in Braunschweig alles in schönster Ordnung sei, daß Ruhe und Ordnung durch Klagges gesichert wären, und daß keinerlei Grund zu irgendwelchen Maßnahmen des Reiches vorläge . . .

Diese Mitteilungen bewegen den „Vorwärts“, das sozialdemokratische Zentralorgan, dessen Schwesterblatt in Braunschweig Lieder von der Klagges-Ordnung zu singen weiß, zu gepfeiften Beschworungen an Groeners Adresse. „Herr Groener, reden Sie!“ weimert das Zentralorgan. „Billigen Sie den Nazi-Terror von Braunschweig? — Sind Sie mit Herrn Klagges einig?“ so jammert es aus der Lindenstraße. Das Zentralorgan zählt spaltenlang die Vorgänge auf, die seine Meinung erhärten, daß

in Braunschweig die Gesetzlosigkeit regiert.

daß Republikaner und gar sozialistische Arbeiter vogelfrei sind, und jeder Abschnitt angutreten und ihre Stimme für Thälmann abzugeben.

Notwendig ist aber, daß auch schon in dieser Woche die ganze Wahlarbeit unserer Genossen eingeteilt wird für den Kampf zu den Wahlen in Preußen, Anhalt, Württemberg, Bayern und Hamburg. Bei diesen Länderwahlen wird die Arbeiterschaft klarer entscheiden können. Alle Proletarier, die wir heute auffordern, bei der Präsidentenwahl für Thälmann zu stimmen, müssen, wenn sie ihr Klasseninteresse unbeschränkt wahren wollen, am 24. April ihre Stimme abgeben für die Liste der Sozialistischen Arbeiterpartei.

lich besser wissen als wir. Ihrem Kollegen Geyer hat der Innenwehrminister ein Strafverfahren wegen Reichswehrbeleidigung aufgehängt, als der „Vorwärts“ nach der Hitlerparade in Braunschweig, als deren Opfer zwei Arbeiter auf der Strecke blieben, viele andere schweren Leibschäden erlitten hatten, den schönfärbenden und den Naziterror entschuldigenden oder gar leugnenden Bericht des „Standortsältesten“, auch eines Geyer, des Oberst Geyer vom 17. Infanterieregiment, angriff. Es half dem „Vorwärts“ nichts. Das Blatt mußte, um sichere Strafe von dem verantwortlichen Kollegen abzuwenden, de- und wehmütig Abbitte tun.

Herr Groener klopft dem „Vorwärts“ auf die Finger und verständigt sich mit dem Braunschweiger, das der „Vorwärts“ so scharf anprangert. Der braunschweigische Minister Küchenthal hat im übrigen jetzt den Inhalt seiner Unterhaltung mit Groener preisgegeben. Der „Vorwärts“ berichtet darüber:

„Er, Küchenthal, habe Groener über die Unwahrhaftigkeit dieser Darstellungen in der Linksprelle aufgeklärt. In diesem Punkte sei vollkommene Übereinstimmung zwischen ihm und dem Reichsinnenminister erzielt worden.“

Das alles weiß der „Vorwärts“. Groener, Hindenburgs rechte Hand, sein engster Freund und Kampfkamerad, deckt den Klagges von Braunschweig. Das heißt auch, daß auch Hindenburg die braunschweigischen Terrorvorgänge deckt.

Und der „Vorwärts“ fordert weiter auf zur Wahl des Herrn von Hindenburg zum Reichspräsidenten . . .

Denn sie wissen, was sie tun . . .

Hindenburg — heißt Schwarz-Weiß-Rot

Graf Westarp, Reichsbanner und Reichsflagge

Beuthen, 4. April 1932.

Am Sonntag sollte Graf Westarp auf einer vom Hindenburg-Ausschuß einberufenen öffentlichen Kundgebung für die Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg im Kaiserhof sprechen. Vom Reichsbanner, das in erheblicher Stärke zu dieser Versammlung erschienen war, waren schwarzrotgoldene Fahnen im Saale angebracht worden.

Nachdem die Versammlung längere Zeit vergeblich auf das Erscheinen Graf Westarps gewartet hatte, erschien der Versammlungsleiter und erklärte, Graf Westarp sehe davon ab, zu sprechen. Er würde sich selbst und seiner langjährigen politischen Vergangenheit untreu werden müssen, wenn er in einer Versammlung spräche, die in einem mit schwarzrotgoldenen Fahnen geschmückten Saale stattfinden solle.

Werden die sozialdemokratischen Arbeiter wirklich wieder Hindenburg wählen? Begreifen sie noch nicht, was sie da tun?

Wenn

Ossietsky begnadigt wird

Berlin, 4. April 1932.

Wir hören aus guter Quelle, daß der Innenwehrminister Groener gedroht hat, er werde die Kabinettsfrage stellen, wenn der Reichspräsident etwa das Gnadengesuch für den Herausgeber der „Weltbühne“, Carl von Ossietzky, nicht ohne weiteres abweisen wolle. Die Nachricht, an deren Richtigkeit nicht der kleinste Zweifel bestehen kann, beleuchtet mit scharfer Stichflamme die innenpolitische Situation. Groener, und hinter ihm fraglos seine Bürogenerale, diktieren und schrecken nicht einmal vor Pressionen auf den Reichspräsidenten zurück, um ihre Ziele zu erreichen. — Von wem geht die Staatsgewalt aus . . . ?

Im Schatten des Kaisers

Berlin, 4. April 1932

Zwei Berliner Montagsblätter stellen die Behauptung auf, daß der ehemalige Kronprinz zu seiner Wahlperiode für Hitler vor allem durch den Umstand veranlaßt worden sei, daß sein Vater, der in Doorn, Holland, lebende ehemalige Deutsche Kaiser, einer der Hauptkandidaten der Hitlerpartei sei und dem nationalsozialistischen Führer deshalb so besonders großes Entgegenkommen bezeige, weil Hitler in letzter Zeit seine Politik im Sinne der hohenzollernschen Restaurationsbestrebungen führe.

Die Nachricht ist ungemein glaubwürdig. Holländische Blätter sind seit Monaten voll davon, daß der Exkaiser bei seinen mitunter recht weit ins holländische Land ausgedehnten Automobilausflügen stets

die Hakenkreuzfahne vom Kühler seines „Hofwagens“

wehen lasse und sich auch sonst in der Bekun-

dung seiner Sympathie für die Nazis und ihren Führer keinerlei Zwang auferlege.

Man wird sich erinnern, daß Hitler, bevor er im Anfang des Monats Februar, nach langem Schwanken, schließlich seine Präsidentschaftskandidatur durch Goebbels aufstellen ließ, mit dem Gedanken umging, die Kandidatur seiner Partei für das höchste Reichsamt dem ehemaligen Kaiser anzutragen. Wir haben damals darüber berichtet und Hitler hat selbst dem italienischen Journalisten Stendardo, dem Vertreter des „Giornale d'Italia“ von solchen Plänen in so durchsichtigen Andeutungen gesprochen, daß kein Zweifel über seine ursprünglichen Absichten bestehen konnte.

Diese enge Fühlungnahme der Nationalsozialisten mit den Hohenzollern zeigt, daß eine Machtergreifung Hitlers wahrscheinlich auch der Rückkehr der Hohenzollern zur Macht den Weg bereiten würde.

Faschisierung der Arbeitsgerichte

(Schluß.)

Faschisierung der Arbeitergerichte 3sp. Block
Das faschistische Ideal des RAG findet seinen anschaulichen Ausdruck in den Entscheidungen über die Verteilung des Betriebsrisikos, über die Pflicht zur Mehrarbeit und über die Direktionsgewalt des Arbeitgebers. Der Begriff der Betriebsverbundenheit ist der Grundsatz, auf dem die Stellungnahme des RAG beruht:

„In einer Entscheidung vom 20. Juni 1928 erklärte das RAG, der Arbeiter sei organisches Mitglied des Betriebes, nicht mehr bloßes Werkzeug des Unternehmers, sondern ein lebendiges Glied der Arbeitsgemeinschaft... Er stehe dem Betrieb nicht mehr gegenüber als ein im übrigen unbetheiltes Individuum, das nur seine Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen habe, vielmehr gehe er eine Verbundenheit mit dem bestimmten Betrieb ein, in den er eintritt. Dem Betrieb habe er auf Grund des Arbeitsvertrages nicht nur seine Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen, sondern er müsse mit ihr auch dem Betrieb und seinen Zwecken dienen und seinerseits zur Erhaltung des Betriebes und seiner Wirtschaftlichkeit beitragen. Damit seien gleichzeitig die Rechte der Arbeitsgemeinschaft in ihrer Stellung zum Betrieb erweitert und auf eine unterstützende Mitwirkung bei der Leitung des Unternehmens ausgedehnt. „Diesen erweiterten Rechten stehen naturgemäß erweiterte Pflichten, nämlich die Mittragung einer gewissen Verantwortlichkeit für den Betrieb gegenüber. Wer aber für den Betrieb mitinzustehen hat, muß selbstverständlich auch für die Nachteile mitentretreten, die sich aus ihm ergeben. Es kann die Arbeitnehmerschaft und mit ihr der einzelne Arbeiter die Folgen von Betriebsstörungen und Betriebsgefahr nicht einfach damit ablehnen, daß er seine Arbeitskraft angeboten habe und zur Leistung seiner Dienste bereit gewesen sei. Mit der Mitwirkung bei der Leitung des Betriebes in Hand geht ohne weiteres die Mittragung der Gefahr desselben. Dem steht auch nicht entgegen, daß der Arbeitnehmer am Vermögen und in der Regel (!) auch am Ertrage des Betriebes keinen unmittelbaren Anteil hat. Dieser Umstand kann sich nur dahin auswirken, daß der Gefahrenkreis für ihn ein beschränkter ist.“ (Glücklicher Arbeitnehmer!)

„In einer Versammlung vom 19. Juni 1929... bejahte das RAG die Verpflichtung zur Mehrarbeit aus dem Gesichtspunkt der Betriebsverbundenheit und ging so weit, dem Arbeitgeber nicht einmal die Pflicht aufzuerlegen, die wirtschaftliche Notwendigkeit der Mehrarbeit zu begründen (wo bleibt die „Mitwirkung bei der Leitung des Betriebes“?)... einen bestimmten Nachweis und den Nachweis von einem Standpunkt objektiver Notwendigkeit zu fordern, widerstrebt der Rechtsstellung des Arbeitgebers, da er den Betrieb zu leiten (Und die Mitleitung der Arbeitnehmer?) und die Konjunktur zu beurteilen hat.“ (Wie Kahn-Freund in einer Anmerkung mitteilt, handelte es sich in dem erwähnten Fall darum, daß der Arbeitgeber nur aus Reklamegründen Mehrarbeit angeordnet hatte, um den Betrieb nach außen hin als gutgehend erscheinen zu lassen. In Wirklichkeit war die Mehrarbeit gar nicht notwendig und die Firma geriet kurze Zeit später in Konkurs; der Arbeitgeber wurde wegen betrügerischen Bankrotts bestraft.)

„Es ist bezeichnend für die Recht-

sprechung des Reichsarbeitsgerichts, daß das Direktionsrecht des Arbeitgebers, die Herrschaftsgewalt und disziplinar Befugnis außerordentlich weit gefaßt werden. Der Arbeitgeber kann von dem Arbeitnehmer jede Arbeitsleistung verlangen, die nicht mit einer Lohnminderung verbunden ist und keine Maßregelung darstellt. Diese Unterwerfung des Arbeitnehmers unter die Weisungen des Arbeitgebers geht aber noch weiter. Wenn der Arbeitnehmer einer Anordnung des Arbeitgebers gegenüber nicht leistungspflichtig zu sein glaubt, und wenn er, im Vertrauen auf das Nichtverpflichtetsein zur Leistung, auch nur in einem einzigen Fall die Arbeit verweigert, so tut er es „auf eigene Gefahr“. Stellt sich hinterher das Gericht auf den Standpunkt, daß er zu Unrecht die Leistung verweigert hat, so hat er sich der beharrlichen Arbeitsverweigerung schuldig gemacht, und eine vom Arbeitgeber ausgesprochene fristlose Entlassung war berechtigt. Das Reichsarbeitsgericht verlangt vom Arbeitnehmer, daß er nicht „auf sein Recht pocht“, daß er sich nicht auf seine Rechtsanschauung „versteift“, und wenn er es tut, so trifft ihn der Gesichtspunkt des Handelns „auf eigene Gefahr“. ... In den Entscheidungen vom

12. Dezember 1928, 29. Mai 1929, 19. Juni 1929 ist dieser Grundsatz des „Pochens auf den eigenen Rechtsstandpunkt“ und des „Handelns auf eigene Gefahr“ und der notwendigen Unterwerfung unter die Betriebsdisziplin aufs schärfste betont... Was das RAG mißbilligt, ist die aktive Durchsetzung eigener Rechte durch den Arbeiter im Betrieb. Das RAG ermöglicht eine weitgehende Diktaturgewalt des Arbeitgebers und wird hierbei geleitet von dem, wie es selbst immer wieder betont, mit der Betriebsverbundenheit im Zusammenhang stehenden Gedanken der im Produktionsprozesse notwendigen Disziplin. Man kann auch nicht sagen, daß es sich hier nur um die Durchsetzung der im rationalisierten kapitalistischen Großbetrieb notwendigen einheitlichen Leitung handelt. Diese „Leitung“ wird als ein jenseits der ökonomischen Sphäre liegender Wert an sich aufgefaßt, also als eine durchaus irrationale Größe, um deren willen die „Disziplin“ bestehen muß. Also nicht nur ökonomisch wichtige Arbeitsdisziplin, sondern personelle Unterordnung ist es, was das RAG schützt.“

Das Reichsarbeitsgericht wird natürlich abstreiten, daß es eine Truppe des Kapitalis-

mus und Faschismus gegen das Proletariat ist. Aber es sei deutlich gesagt, daß das klassenbewußte Proletariat des vornehm wissenschaftelnde, lebensfremde Juristen-deutsch in die Sprache seiner proletarischen Wirklichkeit zu übersetzen versteht und daher das soziale Ideal des Reichsarbeitsgerichts als Sklavenhalterideal bezeichnet, daß das Proletariat es als vergebliche Liebesmüh ansieht, unsere hohen Richter von der Nichtigkeit ihres Herrschaftsanspruchs zu überzeugen, daß es sich als den unveröhnlichen Feind der Justizdiener am bürgerlichen Staat weiß. Sie werden klagen, daß sie doch den einzelnen Arbeitgeber zur Fürsorge für den einzelnen Arbeitnehmer verpflichten, aber das Proletariat wird sich auf diesen Handel nicht einlassen und darauf antworten, daß es durch Marx vor Freunden gewarnt sei, deren soziale Prinzipien „die Notwendigkeit einer herrschenden und einer unterdrückten Klasse predigen, und für die letztere nur den frommen Wunsch haben, die erstere möge wohlwütig sein“, deren soziale Prinzipien „die Feigheit, die Selbstverachtung, die Erniedrigung, die Unterwürfigkeit, die Demut, kurz alle Eigenschaften der Kanaille, predigen“, während „das Proletariat, das sich nicht als Kanaille behandeln lassen will, seinen Mut, sein Selbstgefühl, seinen Stolz und seinen Unabhängigkeitssinn noch weit nötiger als sein Brot hat“.

Zeppelin havariert

Friedrichshafen, 4. April 1932.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ erlitt heute früh, als es zu seiner zweiten Südamerika-Fahrt aufsteigen wollte, eine leichte Havarie, die die Verschiebung der Abfahrt nach Pernambuco auf den morgigen Dienstagfrüh notwendig machte. Der Start sollte heute morgen um fünf Uhr unter Führung des Kapitäns Lehmann und mit acht Passagieren an Bord erfolgen. Das Luftschiff wurde entsprechend der Windrichtung durch das Westtor der Halle ins Freie gebracht. Im Augenblick des Aufstiegs stellte sich dann heraus, daß ziemlich dicht über der kalten Luftschicht am Boden eine bedeutend wärmere Schicht lag, die es bewirkte, daß der Zeppelin langsamer, als vorher berechnet, stieg. Er wurde aber gleichzeitig

vom Winde gegen einen an der Westseite des Luftschiffgeländes in der Nähe der

ehemaligen Marinebaracke errichteten Teleskopmast der FT-Station des Luftschiffbaues gedrückt,

und der Rumpf des Luftschiffes streifte den Mast, der geknickt wurde, während die Außenhaut des Zeppelins hinter der im Anschluß an die Passagierkabine eingebauten Elektrogondel leicht beschädigt wurde. Da es unmöglich war, während der Fahrt diesen geringfügigen Schaden auszubessern, landete das Luftschiff alshald wieder und wurde zur Reparatur in die Halle zurückgebracht.

Der Schaden wird noch im Laufe des heutigen Tages behoben sein, da außer der Hülle kein Teil der Luftschiffkonstruktion beschädigt worden ist.

Der Start nach Pernambuco ist nunmehr auf den morgigen Dienstag, früh fünf Uhr, anberaumt worden.

Hügel, auf dem das Städtchen etwa 200 Meter über dem Meeresspiegel aufgebaut ist, durch Wasser unterwaschen worden.

Erdblocksturz in den Kanal von Korinth

Athen, 4. April 1932.

Infolge eines Erdbebens an der Böschung des Kanals von Korinth, bei dem etwa 10 000 Kubikmeter Erdmassen abstürzten, mußte der Schiffsverkehr im Kanal gesperrt werden.

Freund Hein fuhr mit

Paris, 4. April 1932.

Bei einem Autorennen bei Fez (Marokko) ereigneten sich am Sonntag hintereinander zwei schwere Unglücke, bei denen fünf Personen den Tod fanden. Ein Wagen drehte sich in der Kurve mehrmals um seine Achse und sauste schließlich gegen einen Baum. Die beiden Insassen waren auf der Stelle tot. Wenig später wurde ein Personenwagen von einem Rennwagen angefahren und vollkommen zertrümmert. Die drei Insassen des Personenwagens wurden getötet, während die beiden Insassen des Rennwagens schweren Verletzungen erlitten.

Feuer im Krankenhaus

Moskau, 3. April 1932.

Im Krankenhaus des Roten Kreuzes in Tiflis brach ein Feuer aus, das das gesamte Gebäude in Asche legte. Der Feuerwehr gelang es mit Hilfe von Sprungtüchern, die Kranken zu retten. Ob Personen ums Leben gekommen sind, konnte noch nicht festgestellt werden.

Blitzschlag beim lieben Gott

Neuruppin, 4. April 1932.

Ein heftiges Frühlingsgewitter ging über den Kreis Ruppiner. In Rütznick schlug der Blitz in den Kirchturm ein und richtete, obwohl es ein kalter Schlag war, schweren Schaden an.

Erdrutsch in Italien

Rom, 4. April 1932.

Seit vier Tagen schwebt das Städtchen Villa Santo Stefano in der Nähe von Cassino in Gefahr, durch einen Erdrutsch zerstört zu werden. Schon am Freitag waren einige Häuser infolge der Erdverschiebung eingestürzt. Sonnabend folgte mit lautem Krachen der ganze Häuserblock an der Via Leonidas. Glücklicherweise war das gefährdete Viertel bereits geräumt worden, als die ersten Anzeichen sich bemerkbar machten. Auch an anderen Stellen des Städtchens, das etwa 70 000 Einwohner zählt, haben sich Risse in den Mauern gezeigt, so daß man eine weitere Ausdehnung des Unglücks befürchtete. Die Behörden haben alle Maßnahmen getroffen, um Menschenopfer, die bisher nicht zu beklagen sind, zu verhindern. Soweit bisher festgestellt werden konnte, ist der felsige

Und sie bewegt sich doch...

Erdrutschkatastrophe in Norwegen

Oslo, 4. April 1932.

In Naamdal bei Mamnos ereignete sich eine Erdrutschkatastrophe von unabsehbarer Ausmaßen. Ein großer Teil des Høyland-Kreises ist von der Umwelt abgeschlossen. Es wird kaum möglich sein, eine ordentliche Wegverbindung vor etwa zwei Jahren wieder herzustellen. In einer Länge von 2000 Metern und in einer Breite von 400 Metern ist die Landschaft um etwa 8 Meter gesunken. Die Telefonverbindungen sind zerstört. Die Telephonmasten und Telephonleitungen sind verschwunden. Es ist im Augenblick nicht möglich, auch nur einen provisorischen Weg herzustellen.

her-

her-

Was suchen Sie in einer Cigarettenpackung?

Selbstverständlich höchsten Gegenwert für Ihr Geld,
also beste Tabake und volles Format,
wie Sie es verlangen können.

Um dies durchzuführen, kann Josetti ihrer

JUNO

keine Gutscheine, Wertmarken oder Stickerien beifügen, weil dies nur auf Kosten der Qualität geschehen könnte.

IN STETS GLEICHER GÜTE

6 STÜCK 20

Die Welt wird vornehm / Richard Kleincitot

Die Griechen haben ihre Rachegöttinnen, die Furien, Eumeniden genannt, das heißt: die Wohlmeinenden. Sie haben sich nicht geschont, sie als recht schauerliche Wesen, mit Schlangen statt Haaren um die Köpfe, darzustellen, aber sie haben gefürchtet, daß diese Damen eine unliebsame Benennung unliebsam empfänden und sich dafür rächen könnten. Die Anrufung beim richtigen Namen hat der Mensch, bevor er so überwältigend gescheit geworden ist, wie er's jetzt bekanntlich ist, überhaupt für gefährlich gehalten, er hat Mächte, die ihm überlegen waren, gern mit umschreibenden Ausdrücken bezeichnet. Schließlich, man kann nie wissen . . . Und die Diener des Höchsten, die Priester, hatten auch ein Interesse daran, das Geheimnisvolle durch Deutlichkeit nicht entwerthen zu lassen. Aus dem Grunde haben zum Beispiel auch die jüdischen Priester von ihrem Gott erfahren, daß er es nicht liebt, bei seinem Namen Jehova gerufen zu werden, und da das Stirnrund eines Gottes in der Natur gewaltige Aufregung hervorrufen kann, so hat man es lieber unterlassen. Man kann nie wissen . . . So gescheit wir geworden sind, einiges von dieser Scheu ist uns geblieben. Wir fürchten zwar nicht mehr, daß die Anrufung beim richtigen Namen Unheil bringen könnte (oder doch?), aber wir haben so feine Nerven, daß wir sie vor brutaler Deutlichkeit schonen müssen. Wir sprechen zum Beispiel nicht gern vom Tod, und wenn wir's doch müssen, so sagen wir, wenn wir Mediziner sind, die mit ihm ja in vertrautem Umgang stehen, bei denen er sozusagen Geschäftsteilhaber ist oder oberster Protektor, ja als Mediziner sagen wir *exitus*, und das heißt der Ausgang. Das ominöse Wort *letalis*, was nämlich als Beiwort dazugehört, und tödlich heißt, lassen wir lieber weg. Ausgang ist harmloser. Es läßt die Möglichkeit der Rückkehr offen. Man kann nie wissen . . . Und sonst, als Laien, behelfen wir uns mit den verschiedensten sympathischen Ausdrücken und finden, wenn ein lieber Mensch uns gestorben ist, sogar *Trost* dabei. Ein Selbstschutz, über den man nicht zu spotten braucht. Er ist verständlich.

Es gibt freilich Dinge, die man besser sehr klar und deutlich bezeichnen sollte, weil der mitschwingende Gefühlston, falls das Wort noch nicht ganz abgegriffen ist, oft genug einen heilsamen Abscheu erzeugt. Und vom Abscheu bis zur Abschaffung ist der Weg jedenfalls kürzer als von der Teilnahmslosigkeit oder gar der Zustimmung bis zu eben diesem Punkt.

Neuerdings beginnt das Wort Krieg aus dem Sprachlexikon zu verschwinden. Es war zwar abgegriffen genug, aber der Krieg ist inzwischen „moralisch geächtet“ und daher das Wort nicht mehr ganz so salonfähig in der guten internationalen Stube. *Übrigens Krieg!* Wenn man sich das so recht überlegt, das ist ja ein kategorischer Imperativ. Krieg! Der eine kriegt hohe Dividenden dabei, der andere blutige Wunden. Was dem einen ein Uhl, ist dem andern ein Nachtigall. Jedenfalls kriegt jeder etwas dabei ab. Ein ganz interessanter Zusammenhang. Aber Krieg ist, wie gesagt, nicht mehr so recht salonfähig. Da sind — die Sache ist ja bekannt, die Japaner dabei, für sich die Mandchurei zu kriegen, aber das ist beiläufig kein Krieg, das ist eine Polizeiaktion. Daß einige tausend Chinesen dabei den Tod abkriegen oder ins ewige Leben befördert werden, was das gleiche ist, das ist kein Krieg, sondern eine hochnobele Rechtshandlung. Die Chinesen sind natürlich Banditen und die Japaner Gendarmen. So hat alles seine Ordnung. Und es wird Ruhe werden. Ruhe und Ordnung. Inzwischen ruhen die toten Chinesen sanft, und die Lebenden haben

das Maul zu halten. Sonst kommt die Polizei. Sieht man, wie wichtig ein Wort sein kann? Gewöhnen wir uns also ab, unangenehm deutlich zu werden!

Als einige Franzosen, um beim Thema zu bleiben, für den Völkerbund eine internationale Armee reklamierten, haben ihnen ihre gescheiterten Landsleute schnell den Mund zugehalten, weil das Wort die angelsächsischen Freunde chokierte, die viel zu gut erzogen sind, als daß sie nicht gern unangenehme Notwendigkeiten ein bißchen verschönerten. Zum Beispiel: Unterhose —! Man trägt sie, aber man spricht nicht davon. Und wenn man doch davon sprechen muß (sowas kommt ja vor), so sagt man eben „die Unausprechlichen“. Worunter sich dann jeder eine Unterhose vorstellt. Ein kleiner Umweg. Aber Umwege sind ja oft das Hübscheste am Leben. Warum also nicht? Das „Cant“, Heuchelei zu nennen, zeugt von völligem Mißverständnis und schlechter Kinderstube. Ja also, weil sie ihre angelsächsischen Freunde kennen, sprechen die klügeren Franzosen auch nur noch von einer internationalen Polizeimacht, was übrigens in diesem Falle sogar die Sache richtiger treffen mag.

Daß die deutsche Reichswehr auch nur eine Polizeitruppe zum Schutze der deutschen Grenzen ist, dürfte aller Welt bekannt sein; Herr Groener ist also nur im Range etwas verschiedenen von seinem Kollegen Hitler, dem Polizeikommissar von Hildburghausen. Und wenn es einmal dazu kommen sollte, daß diese Reichswehr gezwungen wäre, ein bißchen das „Versailler Diktat“ zu revidieren, so würde sie nur eine Polizeiaktion vollbringen. Ebenso wenn sie bei einer anderen Revision, der der deutschen Verfassung, handgreiflich helfen müßte, und sei es mit einem Köpferoll-Spiel. Es ist gut, rechtzeitig vorzusorgen. Der kluge Mann baut vor.

Aber vorläufig revidiert man die Verfassung unblutiger. Wozu hätte man eine Sozialdemokratie, die toleriert. Auch da haben wir ja wieder so ein Wort. Wie fein das klingt: tolerieren. Es riecht direkt nach Lavendel. Wie häßlich, wenn man etwa sagen würde Militäristiefellecken oder so etwas ähnliches!

Es zeugt nur von Beschränktheit, wenn man glaubt, es käme mehr auf die Sache, nicht so sehr auf das Wort an. Ganz richtig haben die mittelalterlichen Philosophen diejenigen Realisten genannt, die den Hauptnachdruck

auf das Wort legten. Daher kommt auch der Begriff Realpolitik. Ob die modernen Realpolitiker in direkter Linie aus dem Mittelalter stammen, ist noch nicht genau untersucht. Wir geben aber unseren Fund für die kommende Dichterdisertation großmütig preis.

Für die armen Doktoranten, die nach Themen suchen, noch ein anderer Hinweis: Wir leben in einem milden Winter; trotzdem ist furchtbar viel eingefroren. Kredite sind eingefroren, Steuern und was weiß ich noch. Wie hübsch das ist. Du hast Schulden, aber zahlen — nein! Du kannst nicht, du magst auch nicht. Dein Gläubiger schäumt Wut. Aber was ist da zu machen? „Eingefroren.“ Naturereignis! Mag er doch auftauen helfen, der Gläubiger! Mit neuen Krediten. Nachher fließt's wieder, wie wenn man an der Strippe im W. C. zieht. Und was kann die böse Finanzbehörde gegen Naturereignisse machen? Den eingefrorenen Steuern steht sie machtlos vis-à-vis; es sei denn, sie wären bei einem Kleinen eingefroren. Da kommt schnell der preußische Kuckuck geflogen, und der kündigt bekanntlich den Frühling. Und im Frühling tauet es. Aber das geht nur bei den Kleinen. Die Großen, die eingefroren sind, müssen flottgemacht werden. Da kommen nun die Treuhänder . . . Wie beruhigend ist das Wort — es erinnert direkt an die alten Trauringe mit den beiden verschlungenen Händen. Eine Treuhänder wäscht die andere, und nur der Gläubiger unserer notleidenden Agrarier ringt, weil er kein Gefühl für Vornehmheit hat, verzweifelt die Hände über den Verlust, statt sich an dem schönen Wort zu erfreuen . . .

Und nun soll noch einer schimpfen! Wir leben in der besten aller Welten. Es gibt keinen Krieg mehr, wir haben die Polizeiaktion, es gibt keine Steuerhinterziehung mehr — wir haben die Einfrierung (so eine Art Steuerfrigidare), es gibt keinen Verfassungs- oder Vertragsbruch mehr — wir haben die Reform dafür oder die Revision. Es ist eine Lust, heute zu leben. Und nur boshafte Menschen können davon sprechen, daß die Zeit — pfui Teufel, widerlich! — zum Kotzen wäre, und nur ganz Böartige gehen so weit, über all den Reformen sogar zu verhungern und zu sterben. Aber das sind glücklicherweise keine feinen Leute, und nur auf die kommt es natürlich an.

Der Stüem bricht los! Erzählung von Frits Rück

4. Fortsetzung

So zogen vor Bessinger in Gedanken die Ereignisse bei Kriegsausbruch, der ihn auf einer Wanderschaft in Oesterreich überraschte, vorüber. Wie kriegstoll war damals die Masse der Bevölkerung und wie nüchtern haben sie die vier Jahre Morden und Hunger gemacht!

Plötzlich schreckte er auf.

„Osterburken!“ Der Zug hält, und da er auseinandergeronnen wird, die eine Hälfte der Wagen nach Stuttgart und die andere Hälfte nach Mannheim fährt, hat man einen längeren Aufenthalt. Hier gibt es nach alter Tradition Morgenkaffee. So stehen denn auch viele Passagiere vor dem Brettergestell und bedienen sich.

„Aber Otto, wie kommst denn du hier her?“ klingt plötzlich an diesem provisorischen Büfett eine Stimme auf und eine breite Tazze langt herüber über den Tisch, der von dieser unerwarteten Gefühlswallung einen Stoß erhält, daß er beinahe mit dem ganzen Kaffee über den Bahnsteig weg auf die Schienen schlittert.

„Alfred! Haben sie dich auch wieder einmal aus den Klauen gelassen?“

„Menschenskind, ich habe Urlaub. Drei Tage. Ich bin auf eine neue Spezialität dressiert worden und soll dann wieder ins Feld. Flieger soll ich spielen!“

Als der Zug wieder anfährt, setzen sich die beiden zusammen in ein leeres Kupee. Es gibt genügend Platz jetzt in jedem Wagen, die meisten Soldaten haben die Strecke über Mannheim.

„Aber ich werde in meinem Leben nicht als Flieger an die Front gehen. Mich sehen sie nicht wieder,“ sagt nun Alfred kurz und bestimmt.

„Ich habe mich schon bei deinem letzten Urlaub gewundert, daß du noch nicht gemeutert hast.“

„Man meutert nicht so rasch. Ich wundere mich seit sechs Jahren, denke dir, seit sechs Jahren, denn vor dem Krieg habe ich meine zwei aktiven Dienstjahre abgebrummt, jeden Morgen, daß ich noch nicht gemeutert habe. Und am Abend wundere ich mich nicht mehr.“

„Sie bereiten das Geld vor,“ sprach sie langsam, „morgen um zwölf Uhr mittags, und zu dieser Zeit wird Pjotr Iwanowitsch entlassen, dann ist alles gut.“

„Aber, wenn er entlassen wird, dann ist zu sagen,“ versuchte schüchtern Tschotkin zu fragen.

„Mein, weshalb, wenn er entlassen wird?“ verbesserte ihn Walz, „wir stellen in der Tschaka eine Entlassungsorder aus, und Sie wissen kann,“ verschluckte sich plappernd Walz, „auf diese Order wird er dann entlassen.“

„Wissen Sie was, Madame oder Mademoiselle, entschuldigen Sie mich, ich bin in solchen Sachen schwach,“ schnaufte schnell Tschotkin, „aber hier im Hause, über uns, wohnt ein alter Freund von mir, Rechtsanwalt Wunsch. — Versuchen Sie sich nicht,“ wandte er sich zu Walz, „Ihre ablehnende Geste bemerkend, „ich habe vor ihm keine Geheimnisse, ich spreche mit ihm wie in der Beichte. Und glauben Sie mir: er ist wie ein Grab und ist mir wie ein Bruder ergeben, erlauben Sie, daß ich ihn um Rat frage, ich komme gleich zurück.“ Sorgenvoll knachte der Alte hinaus, als ob er sich fürchtete, daß Walz es sich überlege und weggehe.

Anna Sacharjewa trocknete sich die Tränen ab, und schaute mit nebligem ausdruckslosen Blick, wie ein Star vor sich hin, während Walz in unerschlossenem Nachdenken im Sessel saß und sich am Mantel zupfte. Aus der Ferne, aus dem Eßzimmer hörte man das Singen des Kanarienvogels, und das weckte in Walz die Erinnerung an den Lärm des grünenden Frühlings. Und sie

„Aber jetzt?“
„Jetzt ist dies was anderes. Wir sind ja keine Soldaten mehr und das ist auch kein Krieg. Du warst nie an der Front?“

„Gott sei Dank!“

„Da hast du recht, aber du verstehst das nicht. Ich bin einer von denen, die von Anfang an jeden Dreck mit ausgefressen haben. Dreimal verwundet und dreimal wieder ins Feld. Fürs Eiserner Kreuz Erster vorgeschlagen, aber der Leutnant unserer Kompanie hatte noch keins. Ein guter Soldat, keine Strafen, ich habe es bis zum Vizefeldwebel gebracht, wie du an dem langen Säbel siehst. Ich habe es nie verstanden, mich zu drücken. Es liegt mir nicht. Und jetzt ist es einfach so, daß ich nicht mehr hinausgehen kann. Es wäre ebenso, wie wenn ich mir hier in diesem Eisenbahnkupee eine Kugel in den Schädel schießen würde.“

„Laß die Kugel, wahrscheinlich findest du bessere Verwendung dafür. Natürlich gehst du nicht mehr an die Front. Wir brauchen dich.“

„Wozu?“

„Wir haben keine Leute in den Kasernen, die mit uns die Fühlung halten. Wir sind nicht unterrichtet darüber, was bei den verschiedenen Ersatzbataillonen vor sich geht. Wir haben keine Kanäle, um unsere Flugblätter, unsere Losungen an die Soldaten heranzubringen.“

„Was soll ich dabei?“
„Du bist Vizefeldwebel. Deine Tressen öffnen dir viele Türen und ersparen eine Menge Fragen, die einen einfachen Soldaten rasch in Dunkelarrest bringen können. Du hast einen halben Klempnerladen hier an der Brust hängen . . .“

„Mensch, man wird doch nicht gefragt . . .“
„Ich mache dir doch keinen Vorwurf. Ich bin zwar in der Ausbildung beim Schwärmen in Gruppenkolonne stehengeblieben und habe auch das seit meiner Entlassung nicht weiter betrieben, aber in meiner Lazarettzeit habe ich den deutschen Kommiß doch gründlich kennengelernt. Für unsere Zwecke ist es jetzt ganz gut, daß du das Zeug hast.“

„Und was soll ich damit?“

**Kauft Gütscheine!
Stärkt unsere Presse!**



Rekrutenvereidigung im Rundfunk

Am Sonntag sandte der Süddeutsche Rundfunk seinen Hörern den ganzen Takt einer Rekrutenvereidigung. Eine ganze Stunde lang hörten die Kriegsteilnehmer, Kriegskrüppel und die Hindenburg wählenden Mitglieder der SPD wieder „schneidige“ Militärmärsche, zackige Kommandos „Gewehr über — Gwehr ab — Präsentiert das — Gewehr!“ und werden in ohnmächtigem Grimm die Fäuste geballt haben über die merkwürdige Politik ihrer Parteilung. Ein Feldgeistlicher, der die Waffen segnet, ein Choral, das Gelöbnis der Rekruten, „Wir treten zum Beten“ und die Rede eines Offiziers: „Leben einsetzen für das Vaterland — rüsten für den Kampf (welchen Kampf) — Ruhe, Ordnung, Friede im Innern — Deutschland frei werden — deutsches Vaterland, Deutsches Reich, deutsches Volk (Deutsche Republik, wo bleibst du?), Hurra!“

Die Vereidigung ging in Ludwigshafen vor sich. Die kampffreudigen Worte des Offiziers wird der Aether auch ins Ausland getragen haben als Beweis deutschen Friedenswillens . . .

Und die SPD fordert: „Mit Hindenburg für den Frieden!“

verdüstern neue Tränen. Tschotkin hustelt und versinkt in dem Pelz, — „das heißt, er wird erschossen, wenn man ihn nicht rettet,“ korrigierte sich Walz. „Ihn zu retten, ist leicht. Man muß irgendwo schmieren . . . einen der Hauptmacher . . . dann kommt morgen Pjotr Iwanowitsch frei.“

Wunsch sitzt, seine Auglein laufen wie Mäuschen, mit den Fingern schlägt er einen Wirbel auf dem Knie.

„Wieviel wird gebraucht?“

„Zwanzig Pfund Gold, in Münzen oder in Sachen bleibt gleich.“

„Oho!“ der Staub seiner Augen gleitet auf die verzausten Tschotkins, doch kehrt er gleich wieder galant zu Walz zurück.

„Solche Sachen . . . verstehen Sie . . . Sie verstehen doch selbst, erfordern Ueberlegung und Vorsicht. Wer sind Sie selbst? Kann man vielleicht Ihre Papiere einsehen? . . . Ihr Vorschlag ist zu wichtig, um mit Redensarten abgetan zu werden, und ein ernstes Gespräch, Sie verstehen, erfordert ein ernstes Benehmen.“

Seine Augen ertranken völlig in dem spiegelnden Schein der Brille.

Walz verfärbte sich dunkel, warf hochmütig die Oberlippe empor, sie nahm aus der inneren Tasche ein Papier und zeigte es Wunsch.

„Ich bin eine Mitarbeiterin der hiesigen Tschaka. Die Sekretärin des Vorsitzenden selbst,“ ihre Augen verschwinden unter den schattigen Wimpern schamhaft im schokoladenen Brel.

TARASSOFF-RODIONOFF
SCHOKOLADI

Nach dem russischen Original angefertigt und abgeändert überarbeitet von Alexander Ranz.
Copyright by Franziska Rodionoff

15. Fortsetzung
„Morgen,“ sagte sie, „alles voll,“
„Iwan Petrowitsch!“ begann gackernd die Alte, „doch alle meine Armbänder, Ringe, Ohrringe, meine Medaillen und das Uhr mit der Ketten-Uhr, Sohn hat uns so sehr wert,“ wieder begann sie zu zittern, „schamhaftem, klagendem Heulen.“
Tschotkin schelte in Gedanken die Stimm.
„Wie schön, bei Bekannten zu borsten,“ wird es mir geben! Um Gott, wenn Sie es doch billiger!“
„Aber,“ sagt, es wird hier nicht gehandelt.“
„An,“
„Seien Sie sicher,“
Wie könnte
für sich selbst, daß ich

Neue Angriffe auf breiter Front

Der Reichsarbeitsminister hat durch Presse und Rundfunk erklären lassen, daß durch den bisherigen Lohn- und Gehaltsabbau das Maß des Ertrügliehen erreicht sei. Schon mit Rücksicht auf eine notwendige Belebung des inneren Marktes wäre eine weitere Kürzung des Arbeitseinkommens nicht opportun. Die am 30. April abgelaufenen Tarife müßten deshalb verlängert werden.

Stellt sich Stegerwald schützend vor die Arbeitnehmer? Wir befinden uns in einer Wahlperiode. Berücksichtigt man diesen Umstand, dann kommt man von selbst zur richtigen Einschätzung der Beteuerungen des Arbeitsministers. Lange fällige Notverordnungen werden zurückgehalten, um wenigstens bis zu den Preußenwahlen das Volk, den großen Lämmel, bei Stimmung zu halten. Nun aber hat der platonische Apell Stegerwalds bei der privaten Industrie kaum ein Echo gefunden. Weder die amtlichen Stellen, noch die Gewerkschaften vermögen anzugeben, wieviel Tarife zum 30. April gekündigt sind. Ihre Zahl kann also nicht gering sein. Sicher ist jedenfalls, daß der ausschlaggebende Teil des Rheinisch-Westfälischen Unternehmertums sich heute schon stark genug fühlt, auch angesichts der bevorstehenden Wahlen alle Rücksichten fallen zu lassen.

In der Rheinschiffahrt soll ein weiterer Lohnabbau durchgedrückt werden. Die Verhandlungen am 1. April in Gegenwart des Reichsschlichters sind gescheitert. Der Gesamtverband hat daraufhin den Streik beschlossen, der jedoch aus „taktischen und organisatorischen Gründen“ sich auf Arbeiter der Schleppkähne beschränken soll. Also Halbheiten schon am Anfang.

Im Baugewerbe fordern die Arbeitgeber für das rheinisch-westfälische Industriegebiet eine Senkung des Maurer-Spitzenlohnes von 1,05 Mk. auf 0,73 Mk., beim Tiefbauarbeiterlohn von 0,64 Mk. auf 0,50 Mk., was einer Kürzung von 30 bzw. 22 Prozent gleichkommt. Auch hier sind die Verhandlungen gescheitert.

Allen voran aber marschiert wieder einmal der Langnamverein, der sich mit Lohnkürzungen allein nicht begnügen will. Er hat eine Eingabe an den Reichskanzler von sich gelassen, in der die „Reorganisation“ der Erwerbslosenfürsorge als äußerst dringlich gefordert wird. In Krise und Depression habe sich die Dreigliederung der Erwerbslosenfürsorge, in Arbeitslosenversicherung, in Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge als kostspielige Doppelspinnerei erwiesen. Was hier nicht klar ausgesprochen ist, ergibt sich aus der Formulierung von selbst. Die Unterstützungen sollen ganz allgemein auf die Wohlfahrtsätze reduziert werden. Jedoch mit dieser Forderung erschöpft sich die Eingabe nicht. Es sei Gebot der Stunde, so läßt er sich vernehmen, jetzt endlich eine allgemeine Prüfung von Bedürftigkeit und Arbeitswilligkeit einzuführen. Die Länge des Namens und das Quantum des verfügbaren Verstandes befanden sich bei diesem Verein immer schon in einem argen Mißverhältnis. Der Langnamverein hegt also den dringenden Verdacht, daß die 7 Millionen Erwerbslosen schon arbeiten könnten, wenn sie sich nur nicht drücken wollten. Die Krisenlösung ist also garnicht so schwierig, wie die Proleten sich das einreden. Uns fehlt der Arbeitswille, das ist das ganze Geheimnis.

Unser Bericht wäre nicht vollständig, wenn wir den Arbeitgeberverband für die rheinisch-westfälischen Gemeinden vergessen wollten, der als besonders schneidig bekannt ist. Auch von ihm ist zum 30. April der Angestellten tarif gekündigt, um für weiteren Abbau die Hände frei zu haben. Wahlagitorische Rücksichten haben zunächst noch zu einer Verlängerung der Laufdauer bis zum 31. Mai geführt.

Ob Stegerwald hier sein Veto einlegt? Daran glaubt niemand, die Gewerkschaftsführer ausgenommen. Unter den Angestellten wächst Not und Erbitterung. Bisher schon wurde ihr Gehalt um 26 Prozent gekürzt. Ab 1. Januar kam allein ein Abzug von 11 Prozent rückwirkender Kraft vom 1. November. Was tun die Gewerkschaften? Sieh mit so kleinen Alltagsorgen zu beschäftigen, fehlt's scheinbar an der Zeit. Stille ringsum. Keine Versammlung, weder örtlich noch bezirklich. Alle Kräfte werden an der eisernen Front benötigt. Dabei sinken die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften beängstigend. Die Zahl der Gewerkschaftsangeestellten ist allein stabil und das Gehalt immer noch in aufreißendem Mißverhältnis zu den Löhnen und Gehältern, die in der privaten und öffentlichen Industrie gezahlt werden.

Geistlosen Redakteuren der SPD-Presse dient der Unternehmerangriff und die Not der Angestellten als billiges Objekt für Aprilscherze. In der „Duisburger Volksstimme“ vom 1. April ist unter der Überschrift: „Freude bei den kommunalen Angestellten“ folgendes zu lesen:

„Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, ist der Grund (der Tarifkündigung) diesmal ausnahmsweise ein erfreulicher. Die Eiskruste um das Herz der Arbeitgeber ist geschmolzen. Man hat das Unrecht, das man den kommunalen Tarifangestellten am 1. Januar 1932 zufügte, indem man eine 6prozentige Gehaltskürzung mit rückwirkender Kraft ab 1. November 1931 beschloß, eingesehen. Um diese ungerechtfertigte Sonderbelastung der an sich schon erheblich benachteiligten Angestellten aufzuheben, wurde der Tarifvertrag von den Arbeitgebern nunmehr ausdrücklich zu diesem Zweck gekündigt.“

Zweifelhafte ist nur noch, ob die bisher einbehaltenen Beträge auf einmal oder in Teilzahlungen zurückerstattet werden. Die zu erwartende Wendung wird umso erfreulicher empfunden, als heute noch außer den

6 Prozent Teilbeträge aus der rückwirkenden Inkraftsetzung einbehalten werden.“

Bei der Vorliebe für deplizierte Scherze hätte sich die „Volksstimme“ gleichzeitig daran erinnern können, daß vor einigen Tagen bei dem SPD-Gewerkschaftsangeestellten des Gesamtverbandes (Hamborner Geschäftsstelle) 5000 Mark in der Kasse „gefehlt“ haben, und daß vor wenigen Jahren in der Duisburger Geschäftsstelle ein Zimmerbrand entstand, die Kassenrevisoren stellten hier eine Unterschlagung von rund 10 000 Mark fest.

Ziehen wir unter unseren Bericht den

Frankfurt a. M.

Die Zunahme der Austrittserklärungen aus den einzelnen Religionsgemeinschaften, die besonders in den Monaten Dezember und März erheblich waren, veranlaßte den DFV, außerhalb der Geschäftszeiten des Amtsgerichts besondere Austrittsgelegenheiten zu schaffen. Den Austrittenden war es sehr erwünscht, daß der DFV durch Notare nachmittags Austritte entgegennehmen ließ. Es erwies sich als notwendig, die Termine an den öffentlichen Anschlagssäulen bekanntzugeben. Der städtischen Reklamestelle wurde ein Plakat mit folgendem Text eingereicht: „Kirchenaustritte können erklärt werden: in dieser Woche: Sonnabend von 17 bis 19 Uhr, Weststr. 7, Freidenkerverband. Die Notariatsgebühr beträgt Mark 2.—. Für Arbeitslose wird keine Gebühr erhoben. Ausweis mitbringen.“ Das Plakat ist ordnungsmäßig auf der Polizei vorgelegt und genehmigt worden. Die Plakate wurden aber von der Reklamestelle zurückgegeben und der Anschlag verweigert. Auf Befragen erfolgte der Bescheid, daß diese Plakate erst dem Wirtschaftsamt vorgelegt werden mußten und daß von dieser Stelle die Genehmigung zum Anschlag versagt worden sei. Da niemand in der Lage ist, dem Plakat etwas Verletzendes oder Anstößiges zu entnehmen, die polizeiliche Anschlagsgenehmigung überdies eingeholt war, ist diese Ablehnung der Plakatiere sehr sonderbar. Die städtische Reklamestelle hat kein Zensormat. Und das städtische Wirtschaftsamt schon gar nicht! Es wird Aufgabe des Herrn Oberbürgermeisters sein, Herrn Stadtrat Dr. Lingnau darauf aufmerksam zu machen, daß er nur außerhalb seines Amtes sich um seinen Platz im Himmel bewerben darf!

Mainz

Demonstrationen gegen den Unterzugsraub. Der bis jetzt noch der Sozialdemokratie angehörende Bürgermeister Dr. Kraus hat wieder eine neue „Heldentat“ errungen. Er, der trotz aller Bitten seiner eigenen Fraktionsgenossen nicht zu bewegen ist, freiwillig auf einen Teil seines noch recht fürstlichen Einkommens, das ihm die Mainzer Steuerzahler aufbringen müssen, zu verzichten, hat jetzt zum dritten Male festgesetzt, daß es den Wohlfahrtsverbänden in Mainz noch zu gut geht. Ein neuer Abbau der Wohlfahrtsätze — obwohl schon zweimal von ihm Abstriche an den vom Stadtrat festgelegten und bis heute noch vom Stadtrat gebilligten Sätzen vorgenommen wurden — ist sein neuestes Werk. Dabei bringt es der Mann immer noch fertig, sich als den Wohltäter, der den Mainzer Erwerbslosen mehr zukommen lasse, als seine Kollegen in den Nachbarstädten, aufzuspielen. Die neue Verletzung der Demokratie durch den „sozial“, „demokratischen“ Wohlfahrtsgehaltigen hat bei den Mainzer Erwerbslosen viel böses Blut gemacht. Der letzte Samstag stand ganz im Zeichen des Protestes der Erwerbslosen. Schon in den frühen Vormittagsstunden kam es zu Zusammenstößen zwischen demonstrierenden Frauen und der Polizei. Man sah im Stadthaus 40 Schupoleute den „Arbeiter“-Positionsbeamten Kraus vor dem Volksschutz beschützen. In den Arbeiterquartieren herrschte ständige Bewegung. Den Tschako festgeschnallt und den Karabiner auf dem Rücken, eilten Doppelposten durch die Stadt. Auch die Ueberfallkommandos mußten mehrfach eingesetzt werden. Zusammenstöße blieben bei dieser gereizten Stimmung nicht aus.

Polizeidiktatur herrscht in Mainz. Wie weit der Begriff der Demokratie bei der herrschenden Klasse noch Geltung hat, zeigt die neue „Notverordnung“ des Polizeidirektors Vohmann, eines eingeschriebenen Mitglieds der SPD. Er hat über Mainz den kleinen Belagerungszustand und die Polizeidiktatur verhängt. Künftig dürfen in öffentlichen Versammlungen in den Vororten keine Alt-Mainzer in einer Stärke von über fünf Mann anwesend sein, und den Vorortbewohnern wird der Besuch einer öffentlichen Versammlung in der Stadt ebenfalls untersagt, wenn ihre Zahl fünf Personen überschreitet. Wer es nun doch wagen sollte, eine Versammlung außerhalb seiner „Bannmeile“ zu besuchen, dem wird Bestrafung nach den „Gesetzen“ der Notverordnung zum Schutze der Ruhe und Ordnung angekündigt. Polizeidirektor Vohmann scheint sich der Lächerlichkeit preisgeben zu wollen. Oder will er, um seine „Diktatur“ überhaupt praktisch durchführen zu können, gar wieder den Personalausweis einführen, wie es einstmal die Mainzer in der Besatzungszeit erlebt haben? Und trotz alledem wagt es die Mainzer „Volksstimme“, noch von „Demokratie“ zu sprechen, die zu verteidigen gegen rechts und links Aufgabe der „Eisernen Front“ sein soll. Ob die „Volksstimme“ bereit ist, ihre Leute auch gegen die Demokratieschänder Vohmann und Kraus zu Felde zu führen? Das wird Liebäugeln wohl bleiben lassen.

Schlusstrich. Die Opposition in den freien Gewerkschaften sieht sich folgender Situation gegenüber: Absolute Untätigkeit und Verständnislosigkeit der Gewerkschaftsführung gegenüber den elementarsten Tagesaufgaben. Ideologische Verwahrlosung und materielle Korruption in der Spitze. Bei den Mitgliedern Erbitterung, Apathie und das Gefühl, ohne Führung zu sein.

Die Aufgabe der Opposition ist nicht leicht. Es gilt, ungesäumt alle Kräfte zusammenzureißen, um aus toten Mitgliederzahlen eine lebendige Kraft zu gestalten.

Köln

Am Sonnabend gegen 19 Uhr wurde in der Postamtswegstelle Kalkerfeld in Köln-Kalk ein verwegener Raubüberfall verübt. Kurz nach Schalterschluss fuhr ein Mann mit einem Motorrad vor das Postamt vor. Der Beifahrer sprang vom Rad, schlug das straßenwärts gelegene und zum Schalteraum des Postamts führende Fenster ein und raubte eine am Fenster stehende Geldkiste mit 13 600 Mark. Sofort schwang sich der Bursche auf das etwa in 20 Meter vom Postamt mit angekurbeltem Motor haltende Motorrad und fuhr mit seinem Komplizen in schnellster Fahrt davon. Der Vorfall spielte sich in wenigen Sekunden ab, so daß der sich im Raum aufhaltende Schalterbeamte, der mit der Abrechnung beschäftigt war, die Geldkiste nicht mehr in Sicherheit bringen konnte. Als er zu dem eingeschlagenen Fenster eilte, fuhr die verwegene Banditen bereits davon. Die Burschen konnten bisher noch nicht gefaßt werden.

Düsseldorf

„Die Eisernen Front gibt Parolen aus“ Das Düsseldorf SPD-Organ, die „Volkszeitung“, bringt einen Sitzungsbericht der Funktionärsitzung der Eisernen Front, in der der Reichstagsabgeordnete Hans Böckler über „Das Gebot der Stunde“ sprach. Es ist äußerst lehrreich, sich einmal das „Gebot der Stunde“ etwas näher anzusehen, wie es sich die Führer der EF vorstellen. Daß Böckler auch von einer Niederlage des Faschismus am 13. März sprach, ist selbstverständlich. Er fährt aber im gleichen Atemzuge fort, daß die Arbeiterklasse dafür sorgen müsse, daß der Verstand die Tücke und Schlechtigkeit niederringen müsse, erst dann wären die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands gegeben. Meint Böckler hier nun die Tücke und Schlechtigkeit der Kapitalisten, die es den armen sozialdemokratischen Führern so schwer machen, die Befreiung der Arbeiterklasse vom Joch des Kapitals durchzuführen, oder meint er damit die bösen Faschisten, die den Kapitalisten daran hindern, den wirtschaftlichen Wiederaufstieg des Monopolkapitals vorzunehmen und so das Proletariat von allem Elend zu erlösen? Es ist eine Infamie, der Arbeiterklasse vorzugaukeln, daß es in der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsform noch einmal so etwas geben könnte wie einen Wirtschaftsaufschwung! Nicht durch das Niederringen von Tücke und Schlechtigkeit ist die Befreiung der Arbeiterklasse vom Joch des Kapitalismus möglich, sondern nur durch seine Niederringung selbst. Wenn der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Böckler von Preußen als einem Volksstaat spricht, so wollen wir ihm das gern glauben, aber dann gehört die Arbeiterschaft nicht mehr zum Volk. Das einzige Recht der Arbeiterschaft an diesem Volksstaat besteht darin, den Buckel hinzuhalten, um die Gummifüßchen der Severing-Polizei elastisch zu erhalten. Das Gebot der Stunde ist also nach Böckler Niederringung der Tücke und Schlechtigkeit. Wenn die „Volkszeitung“ schreibt, daß nach dem Referat einstimmig beschlossen wurde, auf eine Diskussion zu verzichten, so können wir der „Volkszeitung“ erzählen, daß ein großer Teil der Funktionäre gegen den Antrag gestimmt hat. Es ist aber das Prinzip der SPD, alle Diskussionen zu unterbinden. Es würde ja auch sonst zu offensichtlich werden, wie wenig die Arbeiterschaft mit den Machenschaften ihrer Führer einverstanden ist. Und wie sehen die Parolen der Eisernen Front aus, die der Parteisekretär Richter herausgibt? „Kauft nicht bei nationalsozialistischen Geschäftsleuten!“ Kauft nicht bei Geschäftsleuten, die in der nationalsozialistischen Presse inserieren! Kauft nur bei Inserenten der „Volkszeitung!“ Das also ist von den großen Worten und Parolen, die die Führer der Eisernen Front anfangs losgelassen haben, übriggeblieben. Nicht mehr und nicht weniger als eine Zeitungsgagitation für die sozialdemokratische Presse. Und das alles im Zeichen der Eisernen Front!

Dortmund-Marten

Soll das ein April-Scherz sein? Die Direktion der Schreibanlage Schürbank Dortmund-Aplerbeck hat an die Belegschaft folgendes Ansinnen gestellt: Alle Belegschaftsmitglieder können ohne Feierschichten den ganzen Monat voll arbeiten, wenn diese drei Schichten im Monat für den Unterbau eines Arbeitslohnverfahren. Wer das Ansinnen nicht annimmt, kann nicht mehr weiter beschäftigt werden. Wie wir erfahren, sollen wirklich 70 Prozent der Arbeiter und Angestellten durch Abstimmung diese Forderung des Kapitals angenommen haben.

Hannover

„Die Eisernen Front“ hielt Sonntag nachmittag auf dem Klagenmarkt eine Kundgebung ab. Peter Graßmann redete für die Reichspräsidentenwahl, brachte aber nichts Neues vor. Nur gab er den Zuhörern zu wissen, daß der Kandidat Thälmann in dem intimen Moskauer Kreis den Spitznamen der „Idiot“ habe. Es wurde gesagt, er sei zwar ein folgsamer Idiot, aber doch immerhin ein Idiot. Robert Leinert sprach zu den Preußenwahlen am 24. April und schloß alles auf, was in den Jahren der sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung geschehen ist. 32mal wurde versucht, die Preußische Regierung im Landtag zu stürzen. Davon, was die Sozialdemokratie durch ihre Tolerierungspolitik verschert hat, ist nicht gesprochen worden.

Neumünster

Ein verspäteter Aprilscherz. Zum Bezirksparteitag der SPD schreibt die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“: „Anders als in fast allen politischen Organisationen sind unsere Entschlüsse die Ergebnisse sorgfältig wägender Demokratie. Wir haben nicht nötig, wie die anderen, durch einen Hitler, Hugenberg, Dingeldey oder Stalin diktieren zu lassen, was, wie oder für wen künftig zu schlagen ist; der in der Sozialdemokratie organisierte Staatsbürger der deutschen Republik prüft und entscheidet selbst. In demselben Artikel heißt weiter unten das Kätschen sich in den eigenen Schwanz: „Zum Wettstreit der Meinungen dürfte indessen die Rendsburger Tagung kaum Anlaß bieten; denn die Objekte fehlen. Die vor uns liegenden Aufgaben sind so klar, die anzuwendende Taktik so selbstverständlich, daß es eine Meinungsverschiedenheit nicht gibt.“

Stettin

Wie Säle gefüllt werden. „Deutsche Staatspartei, Ortsgruppe Stettin. Stettin, 31. März 1932. An die Mitglieder der Ortsgruppe Stettin der Dtsch. Staatspartei. Sehr geehrter Herr Parteifreund! Wie Ihnen durch Pressemitteilungen bereits bekannt sein wird, findet am Freitag, den 8. April, abends 8 Uhr, in den Meesehallen in Stettin eine große Hindenburg-Kundgebung statt, auf der Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsminister Dr. Schlange-Schöningen sprechen werden. — Wir sind in der angenehmen Lage, unseren Mitgliedern für diese Kundgebung Eintrittskarten vermitteln zu können, und zwar steht für jedes eingeschriebene Mitglied eine Karte kostenlos zur Verfügung. Darüber hinaus geben wir für die Angehörigen unserer Mitglieder und Bekannte, soweit der Vorrat reicht, Karten zum Vorzugspreise von 1 Mark ab. Mit parteifreundlichem Gruß Der Vorstand.“

Burg

Für den Wahlkampf zum Preußischen Landtag haben wir in Burg folgende Versammlungen vorgesehen: Mittwoch, 6. April, spricht Genossin Dora Fabian in der Zentralhalle um 20 Uhr; Donnerstag, 14. April, spricht Genosse Paul Zumbusch in öffentlicher Jugendversammlung. Am Donnerstag, 21. April, spricht Genosse August Siemsen in letzter Wahlversammlung der SAP-Burg. Genossen, wir haben in Burg gute Fortschritte gemacht, eure Pflicht ist es nun, für guten Besuch aller drei Versammlungen zu sorgen.

Dachau

Wo Willkür herrscht. Der Deutsche Freidenkerverband wollte seine fällige Monats-Mitgliederversammlung im Dachauer Volkshaus abhalten. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag mit Lichtbildern des Bezirkssekretärs Stumpf, München, über das Thema „Sternenhimmel und Menschheit“. Wenige Stunden vor der Versammlung teilte das Bezirksamt Dachau dem Ortsgruppenvorsitzenden mit, daß die Versammlung auf Grund der Verordnung vom 28. März 1931 verboten sei, weil am 19. März 1932 (katholischer Feiertag) in Dachau religiöse Veranstaltungen abgehalten werden. Dieses Verbot des Bezirksamtes Dachau ist eine Willkürmaßnahme, die in der Notverordnung vom 28. 3. 1931, die sich bekanntlich gegen Ausschreitungen richtet, gar keine Stütze findet. Wie in vielen anderen Fällen, so hat diese Notverordnung auch hier wieder nur für den Mißbrauch der behördlichen Gewalt und einer unerträglichen Rechtsbeugung den Vorwand geliefert. Nur sturer Haß gegen alles, was nicht mit dem Katholizismus zusammenhängt, kann einen wissenschaftlichen Vortrag über „Sternenhimmel und Menschheit“ in einer Mitgliederversammlung verbieten. Durch eine derartige Willkürherrschaft wird allmählich eine Polizeidiktatur geschaffen, die in ihren Auswirkungen einem Belagerungszustand gleichkommt.

Organisationsnachrichten

SAP Stettin: Dienstag, 5. April, 20 Uhr, spricht im Lokal „Groß-Stettin“, Schornhorstr., Gen. Kurt Rosenfeld über „Schafft ein rotes Preußen!“ Eintrittspreis 80 Pf., Erwerbslose 15 Pf. — Schlußband 19 Uhr im Versammlungslokal.
SAP Düsseldorf: Distrikt Rath: Dienstag, 5. April, 20 Uhr, Distriktversammlung im Rath Brauhaus, Westfalenstraße. Bericht vom Reichsparteitag, Preußenwahlen.
SAP Dortmund-Süd: Mitgliederversammlung Mittwoch, 6. April, 19½ Uhr, im „Volkshaus“, Gen. Schaar referiert über den Parteitag.
SAP Elm-Marten: Mittwoch, 6. April, 19 Uhr, im großen Kortmannschen Saalbau öffentliche Volksversammlung. Genossin Marie Bauer spricht über „Demokratie oder Diktatur!“ Karten bei allen SAP-Mitgliedern.
SAP Mainz: Mitgliederversammlung Donnerstag, 7. April, 20 Uhr, im Lokal „Zum Tauschen“ (Insel). Berichterstattung über den Parteitag, Preußenwahlen. Leser der „SAP“ haben als Gäste Zutritt. — Schlußband: Mittwoch Biobrich, Freitag Wiesbaden.

Sportschau der SAZ

Arbeitersport auf dem Exer

Auswahlspiel des 2. Bezirks

A schlägt B 4 : 3 (2 : 0)

Vor über 1000 Zuschauern standen sich die Auswahlmannschaften des 2. Bezirks in der angekündigten Aufstellung gegenüber. Nachdem die Schlichter vorher in einem äußerst abwechslungsreichen Treffen gezeigt hatten, daß die Jugendbewegung heute Ansehen erhalten hat, die jüngsten „Adler“ schlugen ihrer Altersgenossen von den „Hansentüm“ 2:0.

Das Hauptspiel war von Anfang an ziemlich schnell und außerordentlich fair. Es gab keinen einzigen Strafstoß wegen absichtlicher Unfairness. Gerade diese Tatsache scheint uns von größtem Einfluß gewesen zu sein auf die Zuschauer aus dem bürgerlichen Lager. Einige opponierten, weil ihnen die abwechselnden Regeln über den Einwurf nicht bekannt waren.

Die A-Mannschaft wählte Sonne und Wind für sich und ist damit von Anfang an im Vorteil. Kann aber vorerst einige Fehler der unheimlich schlagenden B-Verteidigung nicht ausnutzen, verdient aber einige Chancen durch Abwehr des Halbrechts. Das Spiel gruppiert sich um die beiden Mittelläufer, von denen Hübner von der A-Mannschaft seinem Gegenüber an Genauigkeit des Zuspiels und Energieeinsetz überlegen ist. Da auch Kestelbaum gut aufgelegt ist, reicht es zu zwei Erfolgen in der 11. und 32. Minute. Nach dem Wechsel behält die A-Mannschaft trotz des Gegenwindes noch eine Zeitlang das Heft in der Hand, weil der linke Flügel des Gegners vollständig ausfällt. Erst nachdem in der 4. und 8. Minute zwei weitere Erfolge für A erzielt worden sind, ändert der Sturm von B mehr Zusammenhang: er erhöht das Tempo und bringt nun die gegnerische Verteidigung stark in Bedrängnis. Zwei Tore fallen kurz hintereinander und der A-Torwächter wird so stark mit Schüssen bedacht, daß Hübner in die Verteidigung geht. Damit fällt zwar die Unterstützung des Sturmes weg, aber es gelingt immerhin, gegen einen scharfen Schuß in die Ecke weitere Tore der B-Leute zu verhindern. Sie haben allerdings reichlich Punkte: Ein Ball findet das leere Tor nicht, ein zweiter bleibt vor dem leeren Tor liegen und ein dritter, schon mit Torfuss begriffen, wird im letzten Augenblick von Steinbohl herausgeschickt.

Beide Torwächter waren gut, von den Verteidigungen die B-Verteidigung in der ersten Halbzeit etwas schlagensicher. Von den Läufern waren Hübner, Kuchelbecker und Pirke die besten. In den Stürmerreihen waren beide linke Flügel ungleichmäßig, der von B fand erst spät in den nötigen Zusammenhang. Alle anderen gleichmäßig gut.

Überraschungen beim Fußball

Eintracht-Reinickendorf-Zehlendorf 05 11:1 (3:0). Unwartet hoch schlug Eintracht im ersten Punktspiel seinen Provinzgegner und bewies wiederum seine Klasse als Meister des 3. Kreises.

Vorwärts-Wedding-Blankenburg 6:1 (2:0). Dem Spielverlauf nach ist der Torunterschied zu hoch. Wenn Blankenburg nur bis zur Pause nicht schlechter als Vorwärts. Nach 90 Minuten Spielzeit ließ das Resultat noch 2:1. Dann machte sich eine Überlegenheit von Vw. bemerkbar, die weitere 4 Tore einbrachte. Beide Mannschaften spielten ruhig und fair und hinterließen bei den Zuschauern einen guten Eindruck.

BV. Weissensee-FS. Pankow 5:2! (1:0). Für Überraschung im 2. Bezirk sorgten die Weissensee, indem sie es fertigbrachten, Pankow zu schlagen. Durch diesen Sieg konnte Weissensee die ersten Punkte für sich buchen.

Wilmerdorf-Teltow 2:2 (1:1). Ein sehr hartes Spiel wurde das Treffen obiger Mannschaften. Beide Parteien waren sich ebenbürtig und teilten sich die Punkte.

Schöneberg-Minerva 28 15:5 (1:2). Minerva hatte in der mit Ersatz spielenden Schöneberger Elf einen leichten Gegner, der ihr zu einem billigen Erfolg verhalf.

Stanken-Nowawes 3:2 (2:1). Eine Überraschung gab es im 3. Bezirk, denn Stanken

konnte einen knappen Sieg und somit 2 wertvolle Punkte für seine Farben erzielen.

Weitere Resultate: Hansa I-Saxonia I 4:0 (1:0); Hansa II-Saxonia II 1:5 (0:2); Hansa III-Maxonia III 2:2 (1:0); Stanken II-Nowawes II 1:1 (0:0); Blankenburg II-Vorw.-Wedding II 1:8 (0:5); Eintracht II-Buch I 4:0 (0:1); Pankow II-Wilmerdorf I 10:2; Wilmerdorf II-Teltow II 10:1; BSV 31 I-Frohe Stunde I 3:3; Wacker II-Terzfeld II 0:6 abgebr.; Adler 08 II-Freie Scholle I 1:3; Schöneberg II-Minerva I 1:5 (1:2); Schöneberg III-ASV Neuk. III 6:0 (3:0); Normanna I-Lichtenberg II 1:4 (1:0); Normanna II-Lichtenberg II II 14:0 (7:0); Normanna III-Adler 08 III 5:1 (2:1); Normanna IV-Butab III 4:1 (2:1); Friedenau I-Vollsport Neuk. I 6:0 (3:0); Friedenau II-Vollsport Neuk. II 3:1 (3:0).

Jugend: Normanna I-Eintracht II 3:0; Adler 08 I-Hansa I 2:1; Eintracht I-Vw. Wedd. I 2:0; Stanken I-Teltow I 3:0; Adler 08 Schüler Elstal Seb. 7:1.

Hockeyspieler kämpfen auf dem Exer

Volkssport Neukölln schlägt Tennis-Rot 6 : 5

Bei prächtigem Wetter beginnt um 13 Uhr der Werbespieltag der Hockeyspieler mit einem Jugendspiel der Vereine Tennis-Rot und ASV. Rot-Weiß. Bei ausgeglichener Spielstimmung wird etwas gefährlicher Sturm der Rot-Weißen mit 10. Halbzeit: 1:0. Das folgende Frauenspiel VfL Ostring gegen ASV. Rot-Weiß beginnt recht flott und vielversprechend, geht aber dann merklich ab. Beide Mannschaften treten unvollkommen an. Ostring mit 10 und Rot-Weiß mit 9 Spielerinnen. Nach Halbzeit hat Rot-Weiß erfolgreich seine Mannschaft um. Das 2:0 wird dem Spielverlauf gerecht. Von den Frauen des ASV. Rot-Weiß sah man schon bessere Spiele.

Das Meisterschaftsspiel

Nur langsam füllt sich der Platz, als sich die Meister der Gruppen A und B den Schiedsrichtern zum ersten Entscheidungsspiel stellen. Nervosität liegt auf dem Platz. Pünktlich 15 Uhr wird das Spiel angepfiffen. Die junge Mannschaft vom Volkssport Neukölln-Reitz zieht los und verlegt das Spiel von Anfang an in die Hälfte des Gegners. Nach zwei verpassten Gelegenheiten ruft Volkssport sein erstes Tor ein. Zwei Minuten später stellt eine wunderbare Rückhand das Resultat auf 2:0 für den Volkssport Neukölln. Selten können die Tennis-Leute sich aus ihrer Hälfte spielen, die Hintermannschaft von Tennis-Rot fällt fast gänzlich aus. Rola im Tor der Birtenberger läuft recht unvertäufelt aus dem Tor auf die Spieler. Diese gehen den Ball ab, und es ist geschehen. Kompanie der rechte Verteidiger ist in der ersten Hälfte der schlechteste Mann von Tennis-Rot, im Gegensatz zur 2. Halbzeit, wo er viel rettet. Glänzende Leistungen des Mittelstürmers im Trio mit dem Halbrechten und dem rechten Läufer bringen den Volkssport auf den Halbzeitstand von 5:0. Nach dem Wechsel muß Neukölln gegen die Sonne spielen, stürzt aber gleich wieder auf das Heiligenschein Rola und seiner Mannschaft. Tennis-Rot kommt frei, die Verteidigung von Tennis-Rot wird besser. Neukölln ist erschöpft und fällt ab. Recht fragwürdig ist für Tennis-Rot das 1. Tor in der 5. Minute nach dem Wechsel. Hielt sich hier Neukölln, so war bis eine Viertelstunde vor Schluss Tennis-Rot überlegen. Innerhalb von 15 Minuten wird bis auf 5:4 aufgeholt. Der Ausgleich liegt in der Luft. Tennis verpaßt viele Chancen. Hohes Eckverhältnis für Tennis zeigt von guter Überlegenheit und guter Abwehrarbeit des Neuköllner Torwächters. 12 Minuten vor Schluss fällt aus einer Abseitstellung der Ausgleich.

Beide Parteien spielen nun um den Sieg. Neukölln wird wieder überlegen. Das Spiel wird jetzt

Handball-Kreismeisterschaften Sachsen

In Fortsetzung der Ausscheidungsspiele der Bezirksmeister spielen am Sonntag Leipzig-Pannsdorf-Hiesau 18:1 (8:1). Chemnitz-Nord-Raschau 5:3 (2:2). Niederhüb. Nach-Dresden-Heidenau 5:3 (2:2). Die Verlierer sind aus dem weiteren Wettbewerb um die Sachsenmeisterschaft ausgeschlossen.

Rheinland-Westfalen

Der erste Kreismeisterschaftsspieltag hat in drei Gruppen die Meisterfrage geklärt. Es spielten in der Gruppe Ruhr Fr. Schwimmer Dortmund-Hamm-Heessen 9:1, in der Gruppe Niederrhein Hamborn-Schmidhorst-Büttrop Roy 4:3 (2:2), in der Bergischen Gruppe Eibfeld-Gellendach-Hohenlimburg 5:3 (2:0). Die Sieger sind Gruppenmeister. In der Mittelberggruppe spielten Borussia Köln-Meckeln 3:2 (1:0). Köln hat noch gegen Schwarz-Gelb Düsseldorf zu spielen.

Pommern

In der Vorentscheidung verlor überraschend der vorjährige Pommernmeister Bredow, der von Neustettin mit 7:3 geschlagen wurde. Barth gewann gegen Anklam mit 2:1. Beide Sieger sind Endspielgegner um die diesjährige Pommernmeisterschaft.

Handballresultate vom Exer

FTGB Nordring IV gegen ASV. Rot-Weiß III 0:1; MTV. Bernau II gegen ASV. Rot-Weiß II 1:1; FTGB Nordring II gegen ASV. Rot-Weiß I 2:2; FTGB Nordring I gegen Volkssport Neukölln I 8:1 (3:3).

Bundes-Fußballmeisterschafts-Schlussspiele festgelegt

Der Verwaltungsausschuß der Fußballsparte des Arbeiter-Turn- und Sportbundes hat beschlossen, daß am 17. April in Cottbus das erste Vorentscheidungsspiel um die Bundesmeisterschaft ausgetragen werden soll, und zwar zwischen dem ostdeutschen Landesverbandmeister Cottbus 93 und dem mitteldeutschen Meister VfL Südwest-Leipzig. Am 8. Mai soll die 2. Vorentscheidung stattfinden zwischen den Meistern von Süddeutschland und Norddeutschland. Die Sieger aus beiden Spielen bestreiten am 22. Mai das Endspiel um die Bundesmeisterschaft.

Bremen-Blumenthal Nordwestdeutscher Fußballmeister

Oberkaufungen b. Kassel 4:2 (3:0) geschlagen. Das in Kassel vor 4000 Zuschauern stattgefunden Endspiel um die nordwestdeutsche Landesverbandmeisterschaft brachte den Bremern einen verdienten Sieg. Ihre Schnelligkeit, vortreffliche Ballbehandlung und gutes Zuspiel entschied über Sieg und Niederlage.

Organisationsnachrichten SAP

- Ortsgruppe Tiergarten (Abt. Westen): Mittwoch, 6. April, Mitgliederversammlung bei Tech. Steglitzer Straße 1. Referat: Gen. Rubin. Beginn 20 Uhr. Gäste willkommen.
- Ortsgruppe Wedding: Bildungskursus, Paul Fröhlich über „Revolutionäre Strategie und Taktik“. 19.30 Uhr bei Klinge, Sellenstraße 14, Dienstag, 5. April. Gäste willkommen. — Mittwoch, 6. April, 20 Uhr, Funktionärsitzung bei Barleben, Willdenowstraße, Ecke Burgdorfsstraße.
- Ortsgruppe Charlottenburg: Dienstag, 5. April, bei Thurnack, Wielandstraße 4, Fortsetzung des Referenten-kursus für die preußischen Landtagswahlen. Thema: „Demokratie, Polizei und Kulturpolitik in Preußen.“ Leitung: Gen. Käte Frankenthal.
- Ortsgruppe Zehlendorf: Mitgliederversammlung, 6. April, 20 Uhr, im Lokal Pelz, Mittelstraße 11. Bericht von Parteitag. Ref.: Gen. Gostomski.
- Ortsgruppe Steglitz: Mitgliederversammlung, Mittwoch, 6. April, 20 Uhr, bei Wernicke, Berlinckestr. 1. Gäste willkommen.
- Ortsgruppe Treptow: Abteilungsversammlung Schönefelder-Johannisthal, Dienstag, 5. April, 20 Uhr, im Lokal Vogt, Niederschönefelder, Brückenstraße 10. Tagesordnung: Politische Lage.
- Ortsgruppe Weissensee: Mitgliederversammlung, Mittwoch, 6. April, 20 Uhr, im Lokal Bohazek, Wilhelmstr. 29.
- Ortsgruppe Schöneberg (Abt. Friedenau): Abteilungsmitgliederversammlung, Mittwoch, 6. April, 20 Uhr, im Lokal Lehmann, Friedenau, Bernstr. 5.
- Ortsgruppe Reinickendorf: Dienstag, 4. April, 19 Uhr, bei Kennitz, Reinickendorfer-Ost, Graf-Röders-Allee, Funktionsversammlung. — Mittwoch, 6. April, Mitgliederversammlung bei Gühlich, Scharnweberstr., Ecke General-Barbstraße. Bericht vom Parteitag. Genosse Walcher: „Landtagswahlen.“ — Donnerstag, 7. April, 19.30 Uhr, bei Manthey, Rosenthal, Hauptstraße 1, öffentlicher Diskussionsabend, Thema: Warum SAP? SAP-Büskerkorps: Übungsstunde jeden Donnerstag, 20 Uhr, in der Wälschikstraße, Wälschikstraße 36. Musik-kundige Genossen und Sympathisierende sind willkommen.

SVJ

Heute, Dienstag, 5. April 1932, 19.30 Uhr:

- Halkan „Hugo Haase“: „Der Kampf um Preußen“.
- Wälschik Platz „August Behr“: Mitgliederversammlung.
- Charlottenburg „Karl Liebknecht“: Tagespolitik.
- Charlottenburg-Mitte: Bericht vom Parteitag.
- Friedrichshagen „Rosa Luxemburg“: Tagespolitik.
- Mitte „Rote Plonerer“: Tagespolitik.
- Martensdorf-Tempelhof: Arbeitsgemeinschaft.
- Neukölln I u. II: Mitgliederversammlung (Parteitag).
- Neukölln III: Mitgliederversammlung: Bericht vom Parteitag. Gen. Jakobsen.
- Pankow: Tagespolitik.
- Schöneberg-Friedenau: Die Rolle der Partei (Gen. Walcher).
- Schönhauser Viertel „Paul Levi“: Sozialistische Erziehung (Gen. Anna Harlosch).
- Süd-Ost „Jean Jaures“: Tagespolitik.
- Stralau „Friedrich Engels“: Mitgliederversammlung.
- Weuten „Lenin“: Tagespolitik.
- Weissensee: Tagespolitik.
- Westend: Tagespolitik.
- Wilmerdorf: U.R. Mitgliederversammlung (Gen. Walcher referiert).
- Mitteilungen der B.L.: Alle Gruppen müssen sofort das Monatsprogramm schriftlich oder telefonisch der Zentrale mitteilen.
- Erwerbslosenstaffel: Mittwoch, 6. April, politisch-satirischer Vormittag. Leitung: Gen. Hardy Worm. Musik etc. Anschließend spricht Gen. Käte Frankenthal über „Landtagswahl und Preußenregierung“.
- Tambourkorps: Mittwoch, 6. April.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Herbert Duckstein, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Sichel Zeitungs-Verlagsges. m.b.H. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ“ Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags. Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2904. Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2905. Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition RM. 2.40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM. 2.10 und RM. —.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM. 2.10 und RM. —.36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM. 2.10 monatlich zuzüglich RM. 1.30 Porto. Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete. Alle Zahlungen sind zu leisten an: Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H., Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 1539 28.

Staats-Theater
Oper D. d. Linden
Dienstag, 5. April
19—gegen 23.30 Uhr:
Tristan u. Isolde

Schauspielhaus
n-Gendarmenmarkt
Dienstag, 5. April
20 Uhr:
Peer Gynt

Schillertheater
Charlottenburg, Bülowstraße
Dienstag, 5. April
20 (8) Uhr:
Ostern

Volkshöhne
Theat. S. Hiltrop.
D 1 Norden 2946
Dienstag, 5. April
8.00 Uhr:
Lilom

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: E 7 Weidh. 3422
Dienstag, 5. April
8.15 Uhr:
Jettchen Gebert

Circus BUSCH
Lustig
8 1/2 Uhr:
Circus
Kampff

Preis: 0,30 b. 3.—

Lichtspiele
am Stettiner Bahnhof
Invalidenstraße 127
Tonfilm-Tageskino
Gesangverein Sorgenfrei
und
Rasputin
der Dämon des letzten Zaren
Die neueste tönende Wochenschau

Prater Lichtspiele
Kastanienallee 7/9
Hochbahnhof Danziger Straße
Autobus 5
Anny Ondra in
Namsell Nitouche.
Operette mit Georg Alexander.
Hans Junkermann
dazu:
Hoot Gibson in
Endkampf
Wild-West-Film
Die neueste Wochenschau.
Einmal 1/2, 5 Uhr. Eintrittspr. ab 0.50 RM

M. I. L. A.
Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 120
Eine Woche lang
zwei Groß-Tonfilme
Fritz Kampfer, Evelyn Heft in
„Drei gehen nicht unter“
(Drei von der Stempelsteile)
Ein aktuelles Zeitdokument
Bobby Haas, Curt Bois in
„Ein steinreicher Mann“
Eine amüsante Tonfilmgeschichte
Stark reduzierte Eintrittspreise

Pharus Lichtspiele
Müllerstraße 142
Lillian Harvey in
Zwei Herzen und ein Schlag
mit Albeck-Betty, Otto Wallberg, Rosa Valetti
dazu:
Tonkabarett
mit Siegfried Arno, Trude Berliner,
Paul Hörbiger, Paul Westermeier
Neueste Tonwochenschau

Achtung Genossen!
Sensationsangebot!

Radio-Grammophon-Musiktruhe mit Laufwerk oder Motor, 3-Röhren-Vollnetz-Fernempfänger sowie eingebauten dynamischen Lautsprecher in Eiche
Preis nur RM. 135.—

3-Röhren-Vollnetzempfänger von RM. 37,50 an. Geräte und Teile zum Selbstbau 20—60% unter Tagespreis. Ein Posten gebrauchter Apparate sportbillig. Versetzte Apparate werden fachmännisch zu äußerst günstigen Preisen modernisiert. Technische Beratung und Kostenanschläge unverbindlich.
Nur Markenfabrikate
Auch der weiteste Weg lohnt. (Kein Laden)
Abonnenten 10% Sonderrabatt

Emil Werner, Elektroingenieur
BERLIN W 57
Blumenthalstraße 16, I Tr.

KINO FÜR JEDERMANN
Potsdamer Str. 4, im Vorhaus / am
Potsdamer Platz B 1 Kurt. 2334.
Ab Dienstag, den 5. April 1932:
Das ausgezeichnete Tonlustspiel
Die Nacht ohne Pause
mit Siegfried Arno, Camille
Horn, Max Adalbert.
Dazu: Wilhelm H. in Doorn.
Ufa tönende Wochenschau.
Täg. ab 9 Uhr vorm.
Sonntag, ab 3 U. nachm. bis 11 U. nachts.
Einzig. Tag- u. Nacht kino Berlins

Elysium - Lichtspiele
Prenzlauer Allee 56
Gastspiel Paul Godwin
Film:
Die verliebte Firma
Tönende Wochenschau
Sonntag 3 Uhr, Große Jugendvorstellung
Der große Preisabbau, Wochentags bis
5 Uhr, Sonntags bis 4 Uhr - 70 Pfg.
Nachher von 80 Pfg. an

Theater des Weddings
Müller-, Ecke Sellenstraße
Weiße Schatten
und
Es wird schon wieder besser
Fox tönende Wochenschau
Das erstklassige Beiprogramm

Kauft
Gutscheine

Stärkt
den Presselands

HAUSWATERLAND
RESTAURANT
Berlins
KEMDINSKI

erscheint im April ds. Js.

Das 5. Buch der „Roten Bücher“
Gewerkschaften im Klassenkampf

Aus dem Inhalt:
Die Entstehung der Gewerkschaften / Gewerkschaftlicher Reformismus im Vorkriegs-kapitalismus / SPD und Gewerkschaften Die Gewerkschaften in der Republik / Das neue Arbeitsrecht / Sozialismus oder Wirtschaftsdemokratie / Gefesselte Gewerkschaften Die notwendige Reorganisation / Gegen den Bürokratismus / Einheit der Gewerkschaften oder RGO / Die Aufgaben der Gewerkschaften im Klassenkampf

Die Autoren sind führende Gewerkschaftler

Buchhandelspr.: RM. 4.75, Mitgliedspr.: RM. 3.—
Meldet Euch sofort bei der Marxistischen
Büchergemeinde a. Mitglied. Monatsbeitrag 1 M

Freie Verlags-Gesellschaft m. b. H. Berlin-Tempelhof
Höhenzollernkorso 67

Werbt Abonnenten!

Hindenburg ist kein Sultan

Majestätsbeleidigungsprozeß in Moabit — Der Schah von Persien stellt Strafantrag

Berlin, 4. April 1932.

Nach längerer Beratung verkündete Landgerichtsdirektor Steinhaus in dem Beleidigungsprozeß des Schahs von Persien folgendes Urteil:

Die Angeklagten Dr. Wehner und Wolff (der Drucker) werden wegen Uebertretung der Bestimmungen des Pressegesetzes (in einer Nummer des „Peykar“ war der Druckvermerk unvollkommen) zu je 60 RM. Geldstrafe verurteilt. Die Angeklagten Alawi, Duczynski und Kiesewetter werden freigesprochen, da das Gericht nicht zur Ueberzeugung davon gelangt ist, daß das persische Strafrecht Beleidigungen des deutschen Reichspräsidenten mit Strafe bedroht, daß also Gegenseitigkeit im Sinne des erweiterten Majestätsbeleidigungsparagraphen des deutschen Strafgesetzbuches (§ 103) gegeben ist.

*

Vor der Schöffenkammer des Landgerichtsdirektors Steinhaus stehen heute in Moabit der verantwortliche Redakteur der im vorigen Jahr in Berlin herausgegebenen, jetzt vom Polizeipräsidentium auf dem Verwaltungswege unterdrückten, in persischer Sprache gedruckten Zeitschrift „Peykar“, Dr. Karl Wehner; ferner der persische Student Mortesa Alawi, der ebenfalls auf dem Verwaltungswege aus dem Gebiet des Freistaats Preußen ausgewiesen wurde (und nun mit freiem Geleit des Vorsitzenden an Gerichtsstelle erschienen ist); schließlich der verantwortliche Redakteur der Zeitung „Berlin am Morgen“, Duczynski, und der der „Berliner Tribüne“, Kiesewetter. Sie stehen unter der Anklage, daß sie den Schah von Persien, Riza Chan, beleidigt hätten. Der Vorsitzende hatte schon einmal die Eröffnung der Hauptverhandlung in dieser Sache abgelehnt. Auf Beschwerde der vom Auswärtigen Amt getriebenen Staatsanwaltschaft hatte die Strafkammer beim Landgericht I jedoch diesen Beschluß aufgehoben und die Hauptverhandlung für eröffnet erklärt.

Die Zeitschrift „Peykar“, die in unregelmäßigen Abständen erschien, war das Organ persischer Emigranten, die mit der Regierung Riza Chans, der sich selbst zum Schah aufgeworfen hatte, unzufrieden waren. Sie tauschten nicht nur sein Gewaltregime, das aus dem früher nach freiheitlichen Grundsätzen geleiteten Staat Persien eine „Despotie“ gemacht habe, sondern sie warfen dem persischen Herrscher auch vor, daß seine Regierung von dem britischen Imperialismus gekauft sei und daß Riza Chan selbst sein Regime zu persönlichen Bereicherungen ausnutze. Die Tätigkeit der aus seinem Machtbereich geflüchteten Perser im Ausland empörte den Schah dermaßen, daß er durch seinen Gesandten in Berlin sogar mit dem

Abbruch der diplomatischen Handelsbeziehungen

drohen ließ und die Bestrafung seiner Feinde forderte. Auf dem Verwaltungswege wurde seinen Wünschen von den preußischen Behörden weitgehend nachgegeben, aber die gerichtliche Bestrafung der „Schuldigen“ machte doch starke Schwierigkeiten.

Schließlich fand sich im Strafgesetzbuch ein ganz verschollener und verstaubter, seit Menschengedenken nicht angewandter § 103, der „fremde Landesherrn“ vor Beleidigung in Deutschland schützt, sofern in den fremden Ländern Gegenseitigkeit verbürgt ist.

Er ist leider ebensowenig beseitigt worden, wie der Majestätsbeleidigungsparagraph selbst, der nur „ruht“, also morgen bei Bedarf leicht wieder zum Leben erweckt werden kann.

Auf dieser rechtlichen Grundlage sollen die Sünder gegen die Majestät Riza Chans bestraft werden.

Die Anklage vertrat Staatsanwalt Kreisemann vom politischen Dezernat der Staatsanwaltschaft. Bei Eröffnung der Sitzung sind zwei Vertreter des Auswärtigen Amtes vertreten, unter ihnen Konsul Kranisch, der Dezernent für Persien und einer der Hauptbetreiber des ganzen Gerichtsverfahrens ist.

Landgerichtsdirektor Steinhaus schiebt vor dem Eintritt in die eigentliche Verhandlung einen Prolog voraus, in dem er mit feiner Ironie gegen die Rachegefühle des beleidigten Schahs die politischen Vorgänge vorträgt.

Rechtsanwalt Dr. Alfred Apfel, der sämtliche Angeklagten verteidigt, kündigt zahlreiche Beweisanträge an, die das despotische und tyrannische Regime in Persien beweisen sollen. Darunter befinden sich auch einige, die Illustrationen zum persischen Presserecht geben: In diesem glücklichen Lande pflegen Journalisten der Opposition ausgepeitscht oder geköpft zu werden, je nachdem es die Sache heischt.

Dann erhebt sich der Staatsanwalt und fordert für die ganze Dauer der Verhandlung den Ausschluß der Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatssicherheit.

Nach der Vorschrift des Gerichtsverfassungsgesetzes muß bereits über diesen Antrag in geschlossener Sitzung verhandelt werden. Die Öffentlichkeit wird also ausgeschlossen; nach längerer Beratung verkündet der Vorsitzende, daß dem Antrag des Staatsanwalts mit der Maßgabe stattgegeben werde, daß Pressevertreter und sonst sachlich Interessierte im Saal verbleiben können. Der Kreis wird sehr weit gehalten. Den Anwesenden aber wird über Dinge staatsgefährdenden Inhalts, die sie aus der Verhandlung erfahren, ein Schweigegebot auferlegt. Rechtsanwalt Apfel macht den Schahzug der Staatsanwaltschaft, die fraglos im Einverständnis mit dem Auswärtigen Amt handelt, dadurch zunichte, daß er seine Beweisanträge demonstrativ zurückzieht, so daß sie nun nicht mehr unter ein Schweigegebot fallen. Die Vertreter des Auswärtigen Amtes erklären sich nach Verkündung des Ausschlusses der Öffentlichkeit am weiteren Verlauf der Verhandlung für desinteressiert und verlassen trotz guten Zuredens des Vorsitzenden den Gerichtssaal.

Vorher hat Rechtsanwalt Apfel noch sein Befremden über diese Haltung der „Diplomaten“ ausdrücken können. Jetzt sagt er: Im kaiserlichen Deutschland habe niemals ein Majestätsbeleidigungsprozeß unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgefunden; niemals sei auch ein Verfahren wegen Beleidigung eines

fremden Herrschers durchgeführt worden. Leider sei neuerdings die Sitte eingerissen, daß Gerichtsbehörden vom Reichswehrministerium oder vom Auswärtigen Amt Anweisungen entgegennehmen.

Die inkriminierten Artikel aus dem „Peykar“ werden verlesen; sie sind eigentlich recht maßvoll gehalten. Dann wendet sich die Verhandlung der Rechtsfrage zu, ob im persischen Strafgesetz die Gegenseitigkeit für eine Bestrafung von „Verleumdern“ des persischen Schahs durch deutsche Richter „verbürgt“ sei. Der Verteidiger bestreitet das rundweg. Das persische Pressegesetz vom 27. Februar 1908 verbietet zwar „streng die Beleidigung von Sultanen fremder Staaten bei einer Strafe von 10 bis 100 Domanen“ und in schweren Fällen sogar bei Gefängnisstrafe. Rechtsanwalt Apfel aber hat festgestellt, daß dieses Gesetz, das nach dem Muster des französischen Pressegesetzes geschaffen war, heute nicht mehr existiert. Die Diktatur-Regierung Riza Chans hat es außer Kraft gesetzt, wie unzählige andere Gesetze auch.

Rechtsanwalt Apfel zerpfückt dann die Theorie des Auswärtigen Amtes, die den persischen Machthabern nachbetet, unter dem Begriff eines „Sultan“ sei auch der Reichspräsident von Hindenburg zu verstehen. Selbst der persische Rechtsberater der deutschen Gesandtschaft in Teheran meinte, daß „Sultan“ (die Mehrzahl von Sultan) nur „Souveräne“ seien; nicht einmal der ehemalige Deutsche Kaiser könne, als Präsident des Deutschen Bundes, als „Sultan“ im Sinne des

Beruhigungsaktion in der KPD

Wir erhalten nachträglich folgenden Bericht von der Parteiarbeiterkonferenz der KPD Berlin vom Donnerstag, dem 24. März:

Die Konferenz — die als Fortsetzung der ersten Funktionärtagung (über die wir schon berichteten) anzusehen ist — tagte in der „Neuen Welt“ und beschäftigte sich mit dem Wahlausgang und den kommenden Aufgaben. Die Stimmung war viel weniger gespannt als in der ersten Konferenz. Ulbricht hielt wieder das Einheitsfrontreferat. Er erklärte u. a. es sei eine Umschichtung in den proletarischen Wählermassen vor sich gegangen. Unter dem Druck der faschistischen Gefahr hätten viele SPD-Arbeiter, aber auch solche Arbeiter, die die KPD bereits gewonnen hatte, für Hindenburg gestimmt. Die SAP hätte wohl doch im wesentlichen die Parole Thälmann befolgt. Er ging dann auf die zahlreichen Fehler der Partei ein, betonte nochmals die Notwendigkeit einer stärkeren Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft, wobei die Parteimitglieder kontrolliert werden würden. Auch müßten die Genossen in den Betrieben beachten, daß die Auslösung von Wirtschaftskämpfen usw. durchaus nicht nur Aufgabe der RGO, sondern vor allem auch der Partei selbst sei. (!)

In der Diskussion sprachen mehrere Redner. Gerber betonte die Notwendigkeit einer Stärkung der Betriebszellen, die wichtiger seien als die Straßenzellen. Im Auftrage einer Zelle (291?) erklärte ein Protet, seine Zelle sei für die Aufstellung eines gemeinsamen Arbeiterkandidaten.

Im Schlußwort fiel Ulbricht vor allem über den letzterwähnten Funktionär her. Einheitsfront mit den Severing und Wels käme nicht mehr in Frage. Die SPD hätte sich vom Reformismus über den Sozialchauvinismus und Sozialimperialismus zum Sozialfaschismus entwickelt. (!!)

Nachdem auf Grund der ersten Versammlung zweifellos die unbestimmtesten Kritiker aus den Reihen der KPD-Funktionäre entfernt wurden, wird nach alter Methode durch neue stundenlange Tiraden von Ulbricht und andern ZK-Bürokraten die Kritik erstickt. Die Politik wird dadurch bestimmt nicht besser.

SA-Büros geschlossen

Berlin, 4. April 1932.

Nachdem Sonnabendnachmittag am Belle-Alliance-Platz zwei Reichsbannerleute von Naziverbrechern niedergeschlagen und einer der Ueberfallenen später in der Hedemannstraße vor dem Naziparteihaus unter den Augen der Polizei viehisch mißhandelt worden waren, hat die Polizei endlich auf Grund des Paragraphen 7 der dritten Notverordnung über Bekämpfung politischer Ausschreitungen die Schließung der SA- und SS-Büros angeordnet. Man darf neugierig sein, wann und wo das neue Mordnest etabliert werden wird.

Folgen der ultralinken KP-Politik

In einigen Städten in Mecklenburg-Schwerin fand am Sonntag Stadtverordnetenwahl statt. Dabei hat in Malchow und Waren die KPD je ein Mandat verloren, während die SPD Stimmen und Mandate gewinnen konnte. Angesichts der tiefen sozialen Krise und der sozialdemokratischen Notverordnungs politik ist das ein erschütterndes, vernichtendes Urteil über die ultralinke Politik der KPD, ein erneuter Beweis für die Notwendigkeit, daß die SAP den Boden für eine wirkliche Sammlung der revolutionären proletarischen Kräfte schafft, zu der die KPD je länger desto unfähiger sich zeigt.

Die SAP hatte hier noch keine eigenen Listen aufgestellt, weil sie in diesen Städten noch nicht genügend verankert ist.

SPD toleriert Bismarck

Im „Vorwärts“ vom Sonntag sind sogenannte „politische“ Witze zeichnerisch dargestellt. Darunter folgender:

Der hakenkreuzgeschmückte Gast zum Kellner, der bedienen kommt: „Kellner! Kellner, der bedienen kommt: „Kellner! Einen Hitler-Hering!“ — „Wie meinen der Der Kellner zum Büfetier: „Was machen wir nun? Der Herr da will durchaus einen Hitler-Hering haben.“ — „Na, bringen Sie ihm einen Bismarck-Hering — aber ohne Kopf!“

Bravo, „Vorwärts“! Einmal sah die Sozialdemokratie das Wesen Bismarcks im Kürassierstiefel ausgeprägt, und sie fand damals viele — bessere! — Witze und Karikaturen, die das darstellten. Heute ist seine Politik von Blut und Eisen, seine brutale Sozialisten-Verfolgung schon als das Werk eines „Kopfes“ von der Sozialdemokratie anerkannt, wird sie demonstrativ als „geistig“ gegenübergestellt der Hitlers, die sich in ungehemmter Praxis wahrscheinlich verdammt wenig von der Bismarckschen unterscheiden würde.

Und wozu das alles? — Damit Hindenburg gewählt wird.

Die Entwicklung ist nicht mehr aufzuhalten. Werden die SPD-Arbeiter endlich stutzig werden und begreifen, daß es auch in diesem zweiten Präsidentenwahlkampf darum geht, die ganze Arbeiterklasse zusammenzuschweißen zu einer Front, sie zu mobilisieren für den einen Arbeiterkandidaten

Ernst Thälmann!

Reichstagsabgeordneter

Limbertz gestorben

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Heinrich Limbertz ist am Sonntagabend nach längerem Krankenlager einem Herzleiden erlegen. Der Verstorbene war bis zuletzt Hauptschriftleiter der „Bergbau-Industrie“, des Organs des freigewerkschaftlichen Bergbau-Industriearbeiterverbandes in Bochum. Sein Nachfolger im Reichstag wird voraussichtlich Dann-Elberfeld werden.

persischen Pressegesetzes angesehen werden, sagt der Anwalt.

Der Sachverständige für orientalische Sprachen, Professor Sebastian Beck, selbst („Joider Gottes“, wie er sagt) vom Auswärtigen Amt abhängig, erklärt doch, daß als „Sultane“ nur muslimische Herrscher angesprochen werden können. Er hat das dem früheren Dezernenten des Auswärtigen Amtes, dem Legationsrat Grobba, jetzt Konsul in Bagdad, auch ausdrücklich gesagt.

Der Vorsitzende erklärt: „Wir freuen uns alle, daß Sie einen so geraden Rücken haben, daß es so was noch gibt...“ Dann fährt er fort: „Da wird auf einmal in Persien ein neues Gesetz herausgebracht...“ Rechtsanwalt Apfel fällt ein: „Dies Gesetz ist ad hoc gemacht, zu diesem Zweck. Es stammt vom 11. Mai 1931. Darin wird der § 81 des Strafgesetzbuchs dahin geändert, daß „fremde Staatsoberhäupter“ denselben Schutz genießen. Aber Hindenburg ist auch kein „Staatsoberhaupt“ — — Landgerichtsdirektor Steinhaus ergänzt: „Das stimmt. Er ist nur der oberste Beamte des Reiches.“

Professor Beck erwähnt, er habe sich in Teheran darum bemüht, das Strafgesetzbuch zu erhalten, habe es aber nicht bekommen können, da es — — vergriffen gewesen sei.

Apfel fügt noch hinzu: Das neue Gesetz sei nicht als rechtskräftig anzusehen, da es nicht ordnungsgemäß vom Parlament angenommen worden sei, und der Vorsitzende, bekräftigt vom Sachverständigen, erklärt noch einmal, das Gesetz sei ad hoc gemacht, um in Deutschland die Voraussetzungen für die Durchführung eines Strafverfahrens gegen die Feinde Riza Chans zu schaffen.

Dann wurde eine kurze Pause eingelegt, nach deren Ablauf die Plaidoyers stattfanden. Schließlich wurde das oben mitgeteilte Urteil gefällt.

Das Fazit der Brüning-Politik

B. S. Der Bericht des Reichverbandes des deutschen Handwerks über die wirtschaftliche Lage des Handwerks im Monat März stellt die Tatsache in den Vordergrund, daß die Belegung, die sonst das Frühjahr zu bringen pflegte, in diesem Jahre so gut wie völlig ausgeblieben sei. Die Zahl der Handwerksbetriebe, die gänzlich stilllagen oder nur noch vom Meister allein betrieben würden, nahm ständig zu, und der allgemeine Arbeitsmangel führe zu einem Kampf um die wenigen noch vorhandenen Aufträge. Die Deflationspolitik der Reichsregierung habe im Handwerk nicht belebend gewirkt, der Lohn- und Gehaltsabbau habe zu einem Rückgang der Aufträge geführt, während durch die starken Hoffnungen des Publikums auf einen erheblichen Preisabbau noch vorhandene Aufträge zurückgehalten würden. Die durch die Preissenkungspolitik genährte Auffassung weiter Kreise, daß die Preise im Handwerk allgemein überhöht seien, habe die Vergabe von Reparaturarbeiten an Schwarzarbeiter gefördert. Die Preisbedingungen für das Handwerk seien in einem ganz unerträglichen Zustand, und die Zukunftsaussichten für die nächsten Monate seien um so betrüblicher, als Anzeichen für eine Belegung des Baumarktes nicht vorhanden wären. Eine Belegung der Handwerkswirtschaft könne nur durch eine möglichst schleunige und vollkommene Umgestaltung der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Reichsregierung eingeleitet werden.

Der Mistbesen

D. F. V. Trotz der Notverordnung stand im Naziblatt „Der Eiserne Besen“ kürzlich das folgende:

Der Jude der geborene Rassenhändler. Das jüdische Volk ist das Mischprodukt des Auswurfs zahlloser Stämme und vieler Rassen. Verbrecherische Auswürflinge aus den verschiedenen Völkern schlossen sich einst unter der Führung des Gesetzgebers Moses in die Wüste zusammen, und bildeten das jüdische Volk. So entwickelte sich durch jahrtausendelange Inzucht eine Kötterrasse, die wir im heutigen Juden vor uns sehen. Dieser wird durch sein Blut und durch die ihm angeborene schmutzige Sinneseigenschaft, nichtjüdische Frauen und Mädchen zu schänden.

Die Wächter über deutsche Kultur und Sittlichkeit haben natürlich für derartige nationalsozialistische Fliegerei kein Wort des Tadels, um so stärker schreiben sie über das „marxistische Untermenschentum“.

Daß nur den Nazis nicht wehgetan wird! Das nationalsozialistische Wochenblatt „Der Stürmer“ war von der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 27. März bis 2. April verboten worden. Das Reichsgericht hat das Verbot auf vier Tage abgekürzt.

Die sächsischen Industriellen zur Krise

Wird die sächsische Industrie mit am schärfsten von der Krise betroffen, so ist es auch selbstverständlich, daß die sächsischen Kapitalisten am schärfsten auf die Krisenscheinungen reagieren und nach dem kapitalistischen Ausweg suchen. Das Wasser steht ihnen bis an den Hals, keine Zeit ist zu verlieren; die Zusammenbrüche ziehen immer weitere Kreise, darum der Versuch, mit allen Mitteln zu retten, was zu retten ist. Es ist darum kein Wunder, daß diesen Industriegruppen, die so am schärfsten von der Krise getroffen werden, der faschistische Ausweg als die notwendigste Gegenwartsaufgabe erscheint. Dies Einrichten auf Hitler, die mehr oder weniger offene Forderung nach Zerschlagung der Gewerkschaften und völliger Beseitigung des Tarifvertrages klangen dabei nicht nur auf der Tagung selbst ziemlich deutlich durch, sondern machten sich auch in der zur Tagung erschienenen Jubiläumsausgabe der Zeitschrift des Verbandes Sächsischer Industrieller deutlich bemerkbar.

Aus fast allen Artikeln klingt die Nieder geschlagenheit über den anhaltenden Produktionsrückgang deutlich durch. Und die in diesem Zusammenhang angeführten Zahlen reden auch eine allzu drastische Sprache. Zuversicht und Zukunftshoffnungen, „kaufmännischer Wagemut und Glaube an die eigene kapitalistische Initiative“ scheint nicht mehr die Eigenschaft „unserer Wirtschaftsführer“ zu sein. Wird die Situation immer auswegloser, den Profit zu steigern oder auch nur zu halten, immer geringer, so ist es selbstverständlich, daß die wenn auch nur scheinbaren oder kurzfristigen Auswege aus der Krise, mit um so größerer Entschiedenheit gegangen werden. Darum die Forderung nach weiterer Senkung der Löhne und der versteckten Hinweise auf den imperialistischen Ausweg, d. h. letzten Endes den Krieg. Der Kapitalismus ist am Ende seines Lateins. Er kann seine Herrschaft nur noch aufrechterhalten mit Hilfe der brutalsten Gewalt, heute mit Hilfe der faschistischen Diktatur ohne Hitler, morgen verstärkt durch den Faschismus. Diese Machtergreifung des Faschismus durch die Aktionen der Arbeiterklasse zu verhindern ist die Aufgabe des Proletariats der Gegenwart.

Wie verzweifelt die Stimmung ist, wie Faschismus und Krieg wirklich die letzte, wenn auch nur versteckt gesprochene Hoffnung der Kapitalisten sind, zeigt am besten die Aeußerung des Kommerzienrats Andreae, des Vorsitzenden der Zwickauer Bezirksgruppe des Industrierverbandes:

„Wir stehen nicht in einer Krise, wir kämpfen den Todeskampf, und ohne die Freiheit in unseren Entschlüssen und für unsere Arbeit wiedererlangt zu haben, ohne freie Luft und Raum für unsere Entwicklung im Inlande und über die Grenzen hinaus wieder zu erringen, können wir diesen Todeskampf nicht siegreich durchkämpfen. Woher sollen wir noch Hoffnung auf eine Besserung nehmen?“

Ein Konjunkturschwung ist nicht zu erwarten, denn es handelt sich nicht um eine schlechte Konjunktur, es handelt sich vielmehr um eine völlige Auflösung, um den Verfall unserer Wirtschaft.

Bei uns muß das System geändert, und in der Welt das Vertrauen wieder hergestellt werden. Die Notverordnungen haben nicht vermocht, den Reichsetat zu balancieren. Daß solche Mittel, die nicht an die Wurzel des Übels greifen, uns nicht helfen können, wissen wir zur Genüge.

Andreae fordert dann weiter rücksichtslosen Abbau der Besitzsteuern und Abbau der „sozialistischen Betriebe“. Und er schließt: „Es ging an uns oft die Mahnung, „arbeiten und nicht verzweifeln“, das Arbeiten haben wir, die wir noch in den Betrieben stehen, nicht verlernt, aber das Nichtverzweifeln ward uns wahrlich schwer gemacht; hoffen wir, daß wir unter einer Regierung weiterkämpfen können, die uns das Nichtverzweifeln erleichtert.“ (Hitler?)

Ähnliche Wünsche und Forderungen, wie dieser Zwickauer Kommerzienrat, haben auch die anderen „Industriekapitäne“. Immer wieder der Hinweis auf die „hohen“ Löhne, sozialen Lasten, Steuern usw., die Forderung der „Aenderung des Parlamentarismus, Beschränkung der Tätigkeit der kleinen Parlamente (Kommunen), Entpolitisierung der Verwaltung der Städte und Gemeinden, Bedürftigkeitsprüfung für Erwerbslose“ und verschiedenes andere mehr.

Ganz deutlich wird der Vorsitzende der Annaberger Ortsgruppe des Industriellenverbandes, wenn er schreibt:

„Das Lohnniveau muß der Tschecho-Slowakei angepaßt werden.“

Zum Schluß sei noch angeführt, was R. Otto, der Vorsitzende der Ortsgruppe Frei-

berg schreibt, der sich auch der mitleidenden Landwirtschaft angenommen hat, und darüber böse ist, daß sich noch nicht genügend Erwerbslose zu Hundelöhnen anbieten. Er sagt über die Landwirtschaft in seinem Bezirk: „Alle übrigen Betriebe mit fremden Arbeitskräften leiden unter der seit der Revolution bestehenden Organisation der Landarbeiter, die vor früh 7 Uhr nicht an die Arbeit zu bringen sind, die die Organisationen auch sonst verwöhnt haben, und die Löhne verlangen, (!) die der Bauer bei den gedrückten Preisen seiner Produkte einfach nicht aufbringen kann.“

Zur Arbeitslosigkeit hat er folgendes zu sagen: „Die Hiesige und die Arbeitslosigkeit im Bezirk steht in Sachsen mit an der Spitze. Sie wäre niemals so umfangreich geworden, wenn die Gewerkschaften nicht verstanden hätten, die Lohnforderungen zu über- setzen und die Löhne gesetzlich binden zu lassen. Wir verfügen im Bezirk über eine Menge Arbeitsloser, die gerne arbeiten würden, um etwas mehr wie die Unterstützung zu verdienen. Leider ist aber diesen verständigen (!) Leuten der Weg in den Betrieb da-

Generalversammlung des Gesamtverbandes

Am Freitag, 1. April 1932, tagte im Gewerkschaftshaus die Generalversammlung des GV Berlin für das vierte Quartal. Aus dem Geschäftsbericht, den der Bevollmächtigte Ortman gab, ging hervor, daß im vierten Quartal keine nennenswerten Lohnbewegungen zu verzeichnen waren. Nur die verschiedenartige Auffassung in der Auslegung der 4. Notverordnung machte Auseinandersetzungen mit den Unternehmern notwendig. Trotz Ausfalls der Lohnbewegungen hätte aber die Organisation alle Hände voll zu tun gehabt, was auch für die kommende Zeit der Fall sein würde, da die meisten Tarifverträge mit Ablauf April gekündigt sind. Eine weitere Verschlechterung des Lohnstandes müsse abgelehnt werden, da der versprochene Preisabbau nicht in dem Maße durchgeführt worden ist, wie die Löhne abgebaut worden sind. Wenn die Forderungen der Unternehmer ins Maßlose gehen sollten, wird sich die Organisation gezwungen sehen, aus der bisher geübten Passivität herauszu- gehen. Allerdings wisse man heute noch nicht, in welcher Form diesmal der Kampf geführt werden soll (!!), da es heute nicht so sehr auf den Lohn als auf den Arbeitsplatz ankomme. Wir müssen uns wehren, aber die Taktik müssen wir uns vorbehalten. (Gegenüber diesen altbekannten Redensarten müssen die Mitglieder höchst mißtrauisch sein. D. B.)

Das, was für das vierte Quartal zu berichten war, trifft auch für das ganze Geschäftsjahr zu, da schon sein Beginn unter den Wirkungen der Notverordnungs diktatur stand. — Anschließend erläuterte der Kassierer Zietmann kurz den gedruckt vorliegenden Kassenbericht. Dem Hauptkassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Zur Diskussion sprachen die Kollegen Adam und Göhring. Beide hatten nichts gegen die Geschäftsführung, wohl aber gegen die Politik der Verbandsleitung sehr viel einzuwenden. Ihre Ausführungen entsprachen folgender, von Göhring eingereicherter Resolution:

„Die Generalversammlung des GV erhebt stärksten Protest gegen die einseitige parteipolitische Stellungnahme der Gewerkschaftsführung zum kapitalistischen Staat und dem Unternehmertum gegenüber. Die Burgfriedens- und Tolerierungspolitik der Freien Gewerkschaften hat die Arbeiterschaft und ihre Organisationen geschwächt. Durch die Notverordnungen der Regierung Brüning hat sich die Wirtschaftskrise weiter verschärft. Auch die Vorschläge des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses zur Arbeitsbeschaffung werden an der großen Arbeitslosigkeit wenig ändern. Die Generalversammlung fordert daher:

1. Kampf gegen jeden weiteren Lohnabbau und Verschlechterung des Tarif- und Sozialrechts;
2. Kampf um die 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich;
3. Einführung der Arbeiterkontrolle über Produktion und Wirtschaft.

Nur durch klare Zielsetzung: „Durch Klassenkampf zum Sozialismus“ wird es möglich sein, daß die Arbeiterschaft die Freien Gewerkschaften als Führung im Kampf gegen das Ausbeutertum erkennt und damit die Freien Gewerkschaften zu einem Machtfaktor der gesamten Arbeiterschaft werden.“

Kollege Siemisch hielt es für nützlich,

durch versperrt, weil der Betriebsinhaber nicht nur den Unterschied zum Tariflohn nachzahlen muß, sondern auch noch bestraft wird, wenn es zur Anzeige kommt.“

Ein eingehendes Kommentar zu diesen Auslassungen unserer berühmten Wirtschaftsführer ist überflüssig. Das, was hier gesagt ist, spricht für sich selbst. Die Arbeiterschaft, die aber heute schon ungeheuer unter der Not und dem Elend leidet, in welches der Kapitalismus sie hineingeführt hat, sieht hier mit aller Deutlichkeit, daß der Leidensweg noch nicht abgeschlossen ist, daß sie immer mehr und immer konkreter vor die Frage gestellt wird: Herabsinken des Lebensstandes auf das Niveau vielleicht des chinesischen und indischen Kulis, oder Kampf gegen die gesamte kapitalistische Gesellschaft, das heißt, die Organisation und der Kampf für den Sieg der proletarischen Revolution. Hier helfen keine Tarn- und Leopardmedizin mehr, das Proletariat hat die Aufgabe, Totengräber dieser Gesellschaft zu sein, andernfalls wird die Medizin zwar nicht dem kapitalistischen Patienten helfen, wohl aber den Arzt selber tödlich vergiften. Arzt am Krankenbett des Kapitalismus, das bedeutet heute, Totengräber an der Arbeiterschaft, an ihren Organisationen und ganz besonders den Gewerkschaften zu sein. So werden unsere reformistischen Gewerkschaftsführer praktisch wider ihren Willen die Totengräber der Gewerkschaften selbst.

W. P.

Neue Tariffkündigungen

Aschen, 4. April 1932.

Die Arbeitgeberverbände haben zum 30. April den Rahmentarifvertrag in der Nadelindustrie und Metallindustrie sowie den Lohnvertrag in der Installateurgewerbe gekündigt. In der Stolberger Zinkindustrie sind ebenfalls die Lohnverträge gekündigt worden.

Berlin, 4. April 1932.

Der Reichsbund des deutschen Maler- und Lackierhandwerks e. V. Berlin, als die zuständige Arbeitgeberorganisation, hat den Reichslohntarifvertrag in der durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 veränderten Form zum 30. April 1932 gekündigt, mit der Begründung, daß die zur Zeit geltenden Tariflöhne für eine Anzahl von Lohngebieten als unrichtig eingestuft und für alle Lohngebiete im Deutschen Reich als weit übersetzt bezeichnet werden müßten.

Kündigung

auch in der Binnenschifffahrt

TU. Hamburg, 4. April 1932.

In der Binnenschifffahrt wurden die Lohn- und Manteltarifverträge für die Bezirke der Elbe-, Oder- und märkischen Wasserstraßen von den Arbeitgebern zum 30. April 1932 gekündigt. Am 11. April sollen Verhandlungen über den Manteltarif für die Elbeschifffahrt stattfinden.

Die Arbeitslosigkeit

in Frankreich

Paris, 4. April 1932.

Zum ersten Male seit einem Jahr ist in der französischen amtlichen Arbeitslosenstatistik ein Rückgang zu verzeichnen. Während in der letzten Märzwoche amtlich noch 305 496 arbeitslose Frauen und Männer eingetragen waren, ist diese Zahl jetzt auf 303 218 gesunken, so daß also ein Rückgang von 2 278 Arbeitslosen festzustellen ist. Diese Verbesserung des Arbeitsmarktes, die sich nur auf Paris bezieht, ist jedoch auch in der Provinz festgestellt worden, wo gegenüber 146 195 Arbeitslosen der Vorwoche diesmal nur 144 565 eingetragen wurden.

Dresdner Bank

garantiert 30 Prozent

Die Handelsbank A. G. hat bekanntlich das Vergleichsverfahren beantragt und heute dem Gericht den umfangreichen Revisionsbericht der Süddeutschen Treuhandgesellschaft A. G., sowie einen per 3. März 1932 angestellten Status eingereicht. Auf Grund dieses Status ergeben sich nach erheblichen Abschreibungen und Rückstellungen (auf Debitoren rund 10 Millionen Mark) freie Aktiven in Höhe von rund 4 382 000 Mark, denen Forderungen nicht-bevorrechtigter Gläubiger in Höhe von rund 15 760 000 Mark entgegenstehen, so daß sich eine Quote von etwa 28 Prozent ergibt. Für den Fall des Zustandekommens des Vergleichs hat die Dresdner Bank Berlin den nicht-bevorrechtigten Gläubigern eine Quote von 30 Proz. garantiert.

Neue Massenkündigungen in Polen. In einer der größten polnischen Eisengruben in Konopiska bei Czenstochau wurden 700 Arbeiter zum 15. ds. Mts. gekündigt.

Versammlung der Berliner Bankangestellten

Am 30. März fand im Hackeschen Hof seit etwa vier Monaten die erste Mitgliederversammlung des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten statt. Referent Kollege Marx behandelte die vom AV. vorbereiteten und später von allen Verbänden angenommenen Richtlinien für den Abbau bei der Danat- und Dresdner Bank, die bereits in dieser Zeitung bekanntgemacht worden sind. Das Thema Generalversammlung brachte eine Wiederholung des schon in der Tagespresse mitgeteilten Auftretens des Sprechers Marx vom AV. Das besondere Eintreten des Kollegen Marx für Goldschmidt einerseits, das abfällige Urteil über Bodenheimer andererseits unterstrich „seine“ freigewerkschaftliche Taktik in Generalversammlungen.

In einem zweiten Referat machte Kollege Göhring vom Afabund die Mitgliedschaft des AV. mit den Abbauplänen der Reichsregierung in der Sozialversicherung bekannt. Als konkrete Abwehrmaßnahmen wurden vergleichsweise vom Referenten „die Kampfmaßnahmen“ des Afabundes anlässlich der IV. Notverordnung erwähnt, die bekanntlich darin bestanden, daß ohne Befragung der Mitgliedschaft der Afabünde eine zu nichts verpflichtende Entschließung am 16. Dezember 1931 angenommen wurde.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung war es

in der Diskussion möglich, die „freigewerkschaftlichen“ Praktiken des Kollegen Marx bei den Bankensamierungen und bei der Vertretung unserer Grundsätze in den Generalversammlungen zu kritisieren.

Zum Referat des Kollegen Göhring wurde von der Versammlungsleitung auf Veranlassung des Kollegen Marx der Mitgliedschaft empfohlen, trotz Rednermeldung keine Diskussion stattfinden zu lassen. Da der Antrag angenommen wurde, erlebte man das Schauspiel, daß eine „Freie Gewerkschaft“ einen Teil ihrer Mitglieder mundtot machte aus Furcht davor, daß diese mit den Stillhaltepolitikern Göhring und Genossen vom Afabund Abrechnung halten könnten.

Kollegen! Wenn Ihr diese Methoden nicht billigt, so sammelt euch zum Protest in der AV.-Opposition.

Holländischer Textilstreik abgebrochen

Amsterdam, 2. April 1932.

Vor einigen Tagen hatten die christlichen und katholischen Gewerkschaften beschlossen, den seit Mitte Dezember andauernden Streik in der Textilindustrie Twentes abzubrechen. Nunmehr hat auch der Hauptvorstand des freigewerkschaftlichen Textilarbeiterverbandes „Eendracht“ beschlossen, seinen Mitgliedern die Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen, da eine Fortsetzung des Streiks unmöglich sei.